

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Karlsruher Tagblatt. 1843-1937 1926**

93 (25.2.1926) Morgenausgabe

# Karlsruher Tagblatt

## Industrie- u. Handelszeitung und der Wochenschrift „Die Pyramide“

Gegründet 1803

Hauptredaktion: Dr. H. Jäger, Karlsruhe, Sedanstraße 12.  
Telephon Amt Städt. 1119. Für unerlässliche Manuskripte übernimmt die Redaktion keine Verantwortung. Sprechstunde der Redaktion von 11 bis 12 Uhr vorm. Verlag, Schriftleitung u. Geschäftsstelle: Karlsruhe, Alterstraße 1. Fernsprechanstöße: Nr. 15, 19, 20, 21, 207, 1023. Postfachkonto Karlsruhe Nr. 9547.

Abdruckrechte: halbjährlich M. 1.50 frei Haus. In unserer Geschäftsstelle oder in unseren Agenturen abgeholt M. 1.40. Durch die Post bezogen monatlich M. 2.00 auswärts Zuzuschlag. Im Falle höherer Steuern bei der Zählung keine Ansprüche bei verspäteter oder Nichterheben der Steuern. Abbestellungen werden nur bis 25. auf den folgenden Monatsheft angeordnet. Einzelverkaufpreis: Dienstag 10 Pf., Sonntag 15 Pf. Anzeigenpreis: die 9 geschaltete Zeilenzeile über dem Namen M. 1.00, unter dem Namen M. 1.20, an erster Stelle M. 1.20, an zweiter Stelle M. 1.00, an dritter Stelle M. 0.80, an vierter Stelle M. 0.60, an fünfter Stelle M. 0.40, an sechster Stelle M. 0.30, an siebter Stelle M. 0.20, an achter Stelle M. 0.15, an neunter Stelle M. 0.10, an zehnter Stelle M. 0.05. Die Anzeigen werden in der Reihenfolge der Aufnahme in der Rubrik veröffentlicht. Bei gleichzeitiger Aufnahme in mehreren Rubriken wird die Anzeigenzahl entsprechend erhöht. Bei Anzeigen für den Auslandverkehr wird ein Zuschlag von 50% erhoben. Bei Anzeigen für den Auslandverkehr wird ein Zuschlag von 50% erhoben. Bei Anzeigen für den Auslandverkehr wird ein Zuschlag von 50% erhoben.

## Die Aktion der Entente gegen den Locarno-Vertrag.

### Der Eindruck der Chamberlain-Rede in Berlin.

(Eigener Dienst des „Karlsruher Tagblattes“)  
Dr. R. J. Berlin, 24. Febr.  
Die Rede, die Chamberlain gestern in Birmingham gehalten hat, wird in den politischen Kreisen Berlins lebhaft erörtert, weil durch die Rede Chamberlains u. durch die Rede Briands nach einem zwischen London und Paris vereinbarten Plane die Ratsfrage wieder einmal ein völlig anderes Gesicht erhalten hat. Ursprünglich bestand die Absicht nach einer Anregung Frankreichs, Polen, Brasilien und Spanien gleichzeitig mit der Aufnahme Deutschlands in den Völkerbund und in den Völkerbundrat einen fünftägigen Ratsitz zu geben. Offenbar war diese Absicht zwischen Briand und Chamberlain bei dessen letztem Pariser Aufenthalt soweit besprochen, daß Chamberlain eine Zusage gegeben hat. Dagegen haben sich Stimmen in England erhoben. Gleichzeitig widersprachen Schweden und auch Belgien war diesem Plane nicht geneigt. Seitdem durch diesen Widerspruch ein Konflikt in Genua drohte, haben

### diplomatische Verhandlungen zwischen Paris, Rom und London

Ratsbeschlüssen, deren Ergebnis offenbar in den Reden von Briand und Chamberlain zum Ausdruck gekommen ist. Danach ist, worüber niemals ein Zweifel bestanden hat, der ständige Ratsitz für Deutschland geistert. Der Plan, den Völkerbundrat durch weitere fünftägige Ratsitzungen zu vergrößern, ist durch Chamberlains Rede vom praktischen auf das theoretische Gebiet verschoben. Es heißt jetzt nicht mehr Aufnahme Polens, Brasiliens und Spaniens, sondern Reform des Völkerbundes. Außerdem sollen die Verhandlungen offenbar nicht mehr ohne Deutschland, sondern mit Deutschland geführt werden, wozu auch das Gerücht beiträgt.

### daß Briand und Chamberlain eine Zusammenkunft mit Stresemann vor der Tagung des Völkerbundes, etwa am 7. März, in Genua herbeiführen wollen.

Dabei soll dann, soweit man aus den Reden von Briand und Chamberlain erkennen kann, Deutschland veranlaßt werden, sich an Verhandlungen über eine Erweiterung des Völkerbundes und die Beteiligung an dem durch einen Widerspruch Deutschlands gegen die Aufnahme von Polen umwälzt zu machen und die Pläne Spaniens und Brasiliens zu unterwerfen.

Nach Auffassung der hiesigen politischen Kreise ist zu beachten, daß jede Erweiterung des Völkerbundes den Einfluss der Großmächte schwächt und daß jede Erweiterung des Völkerbundes zu einer Milderung der Bestimmungen führen muß, wonach alle wichtigen Beschlüsse des Rates nur mit Einstimmigkeit gefaßt werden können. Sobald die Einstimmigkeit der Beschlüsse des Rates nicht mehr für alle wichtigen Entscheidungen gilt, ist

### das Kernstück aus dem Vertrage von Locarno, so weit die Wahrung deutscher Interessen in Betracht kommt, heranzubringen.

Man vermutet deshalb hier, daß der Zweck der ganzen Aktion Frankreichs und Englands eine indirekte Abänderung der Verträge von Locarno zu Ungunsten Deutschlands durch Beteiligung der Ratsmitglieder ist, wonach praktisch kein Beschluß des Völkerbundes ohne Zustimmung Deutschlands in allen durch die Verträge von Locarno herbeigeführten Entscheidungen gefaßt werden kann.

### Ratsitz nur für Deutschland oder Ratsweiterung ohne Deutschland.

Berlin, 24. Febr.  
In einem offenbar inspirierten Artikel wendet sich die „Tägliche Rundschau“ gegen eine Erweiterung des Völkerbundes in der Märztagung über die Aufnahme Deutschlands hinaus. Das Blatt schreibt:  
Das steht fest, daß Deutschland für eine Lösung nie zu haben ist, die derartig den Charakter des Völkerbundes verändert. Das ist mit aller Deutlichkeit in den fremden Hauptstädten erklärt worden und der „Petit Parisien“ ist sich, wenn er glaubt, daß die Wilhelmstraße unzufrieden mit dem Inhalt der Berichte sei, die die Völkerbündler und Weltländer in den verschiedenen Hauptstädten übermittelt hätten. Verharrt Frankreich und England bei ihrer Haltung, eine Zusage in den Völkerbundrat einzurufen zu wollen — ohne den äußersten Zwang ist diese Anregung schon allein durch

den entschlossenen Einspruch Schwedens erledigt — so steht es ihnen frei, den Völkerbundrat durch so viel Mächte zu erweitern als sie wollen. Nur auf eine Erweiterung durch Deutschlands Zuwahl werden sie in diesem Falle verzichten müssen. Locarno bedeutet letzten Endes Vertrauen in dem Willen der Verhandlung und der Zusammenarbeit. Dieses Vertrauen kann nicht mehr bestehen, wenn hinter dem Rücken Deutschlands derartige Dinge vorgehen und zur Ausführung gelangen sollten.

### Reichskabinett u. Völkerbundsfrage. Volle Einstimmigkeit. — Luther und Stresemann gehen nach Genf.

WTB, Berlin, 24. Febr.  
Die Reichsregierung erklärte in der heutigen Kabinettsitzung die mit der bevorstehenden Genfer Tagung des Völkerbundes zusammenhängenden Fragen, wobei sich volle Einstimmigkeit der Auffassung ergab. Reichskanzler Dr. Luther und Reichsaußenminister Dr. Stresemann werden sich als Vertreter des Reiches nach Genf begeben.

### Eine neue Erklärung Chamberlains: London, 24. Febr.

Im Unterhause erklärte Chamberlain in Erwiderung einer Anfrage, daß die britische Regierung sich noch nicht darüber schlüssig geworden sei, welche Linie sie bei der nächsten Tagung des Völkerbundes in Bezug auf eine weitere Vergrößerung des Völkerbundes, abgesehen von dem Beitritt Deutschlands, einhalten werde. Chamberlain erklärte im Verlaufe der Sitzung weiter, es entspreche nicht den Tatsachen, daß die außerordentliche Tagung des Völkerbundes einberufen sei, um ausschließlich die Frage der Zulassung Deutschlands zu behandeln.

### Brasilians Anspruch auf einen Ratsitz: Genf, 24. Febr.

Der brasilianische Gesandte und Delegierte beim Völkerbund, Castello Franco Clark, gab der Schweiz, Doyens-Agentur über den brasilianischen Standpunkt in der Frage der Erweiterung des Völkerbundes u. a. die Erklärung ab, daß bereits in offizieller Form in der zweiten und vierten Völkerbundsversammlung das Verlangen Brasiliens nach einem ständigen Ratsitz gestellt wurde. Clark begründete eingehend diesen Anspruch und fügte hinzu, wenn Brasilien einen ständigen Ratsitz verlange, so geschähe es vor allem deshalb, damit der amerikanische Kontinent von 19 Staaten, die dem Völkerbund beigetreten sind, nicht länger der einzige nicht ständig vertretene Kontinent sei, solange die Vereinigten Staaten sich dem Völkerbunde fernhielten.

### Präsident Calonder über die Deutschenheke in Polnisch-Schlesien: Katowitz, 24. Febr.

Der Präsident der gemischten Kommission, Calonder, gewährte einem Vertreter des WTB eine Unterredung, in deren Verlauf er sich über die Vorgänge der letzten Zeit in Oberschlesien äußerte. Der Deutsche Volksbund, so führte Calonder aus, sei eine für den Minderheitenrat im Sinne der Genfer Konvention unerlässliche Organisation, deren Statuten vollkommen in Einklang mit der erwähnten Konvention ständen. Er, Calonder, müsse auch betonen, daß der Deutsche Volksbund in all den zahlreichen Streitigkeiten, in welchen er vor der gemischten Kommission die Rechte der Minderheiten vertrete, diese keine Aufgabe hätte in loyalen und korrekter Weise erfüllt habe. Solche Situationen wie die gegenwärtige in Polnisch-Oberschlesien könnten nur durch Gerechtigkeit und weise Besonnenheit überwunden werden, niemals aber im Zeichen des Hasses. Er als Präsident der gemischten Kommission erachte es als seine unabweisbare Pflicht, mit allem Nachdruck auf diesen Grundsatz hinzuweisen. Eine geschäftige Sprache gegen die Minderheiten sei nicht nur ein Unrecht, sondern auch geeignet, dem internationalen Ansehen des eigenen Staates zu schaden.

### Die Verwendung des Reichsbahnkredits. WTB, Berlin, 24. Febr.

Die heute stattgefundenen Sitzungen des Technischen Ausschusses des Verwaltungsrates der Deutschen Reichsbahngesellschaft beschäftigten sich mit den Kostendruckmaßnahmen der Regierung zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit in Deutschland. Bekanntlich haben zwischen der Reichsregierung und der Deutschen Reichsbahngesellschaft Verhandlungen über die Gewährung zunächst eines 50-Millionen-Kredits und dann eines 100-Millionen-Kredits stattgefunden. Das von der Hauptverwaltung der Deutschen Reichsbahngesellschaft im Ausschuss des Verwaltungsrates vorgelegte Programm über die Verteilung des 100-Millionen-Kredits fand die Billigung des Ausschusses. Insbesondere sollen Berücksichtigung finden der Einbau von Schuler-Stoßvorrichtungen und die Verstärkung der Brücken. Auch eine Reihe Bahnhofsbauten soll in ihrer Durchführung beschleunigt werden. Die Beschaffung von Dampfwagen, 4. Klasse-Wagen und Spezial-Güterwagen ist in entsprechendem Umfang geplant.

### Die Konferenz der Finanzminister der Länder. WTB, Berlin, 24. Febr.

Am 24. Februar kamen die Finanzminister und Vertreter der Länder im Reichsfinanzministerium zu einer Besprechung über das Finanz- und Wirtschaftsprogramm der Reichsregierung zusammen. Reichsfinanzminister Reinhold hob in einer einleitenden Rede die bekannten Hauptpunkte des Programms hervor. Der preussische Finanzminister übernahm die Reichsfinanzminister die vertrauensvolle Mitarbeit der Länder bei seiner Amtsführung zu, eine Erklärung, die sich sämtliche Finanzminister anschlossen. In der eingehenden sachlichen Aussprache wurden von einigen Ländervertretern wegen des eingeschlagenen Weges im einzelnen Bedenken geäußert, während über das nach dem Programm der Reichsregierung zu erreichende Ziel Einigkeit herrschte.

### Die französische Finanzkrise. (Eigener Dienst des Karlsruher Tagblattes.) S. Paris, 24. Febr.

In der Kammer herrscht heute plötzlich wieder große Krisenstimmung. Es ist ein neuer Konflikt zwischen der Finanzkommission und der Regierung ausgebrochen. Kurz gefaßt handelt es sich um folgendes: Die Finanzkommission will, daß die Regierung das Budgetdefizit mit ihr berät, während die Regierung den Standpunkt vertritt, daß vorläufig zunächst der Senat das Wort habe. Die Finanzkommission fasste heute den einstimmigen Beschluß, daß sie den Standpunkt ihres Vorsitzenden Malvy aufrechterhalte. Man rechnet daher mit dem Austritt des Vorsitzenden und des Generalberichterstatters der Finanzkommission. Anviseiert dieser Austritt auf das Kabinett einwirken wird, bleibt abzuwarten. Der Senat begann heute die Beratung der einzelnen Artikel des Finanzprojektes. Er wird morgen oder spätestens übermorgen damit zu Ende kommen.

### Der polnisch-litauische Grenz-Zwischenfall. Kovno, 24. Febr.

Ueber den polnisch-litauischen Grenzzwischenfall meldet die Litauische Telegramm-Agentur: Am 22. Februar, 10 Uhr abends, überschritten 200 zum Teil berittene polnische Polizisten, die mit Handgranaten und Maschinengewehren bewaffnet waren, etwa zwei Meilen östlich von Kernowa die litauisch-polnische Demarkationslinie und besetzten den auf litauischer Seite gelegenen Wald. Bei dem Anmarsch wurden sieben litauische Polizisten gefangen genommen. Ein Polizist wird vermisst. Der Wald wird zurzeit von 300 Polen besetzt gehalten.

### Ein deutscher Professor als Leiter der türkischen Staatsforstverwaltung. Dresden, 24. Febr.

Professor Bernhard, ordentlicher Professor an der Sächsischen Forsthochschule in Dabau ist, wie der „Dresdener Anzeiger“ meldet, von der türkischen Regierung in Angora an die Spitze der türkischen Staatsforstverwaltung berufen worden und wird demnächst die Reise antreten.

### Steuerreform und Gemeindefinanzen. Von Stadtrat Dr. Merkel, Leipzig.

Burzeit verbrennen sich die Finanzgewaltigen im Reich, Länder und Gemeinden die Köpfe darüber, wie sie Ausgaben und Einnahmen im kommenden Rechnungsjahr ins Gleichgewicht bringen können. Besonders läbel sind die Finanzdezerenten der Gemeinden daran, und zwar deshalb, weil jetzt die den Gemeinden ungünstigen Wirkungen der Steuerumverteilung zwischen Reich und Ländern und zwischen Ländern und Gemeinden zutage treten. Der Anteil der Gemeinden an der Einkommensteuer ist erheblich gekürzt worden. Der Ausfall wird durch eine stärkere prozentuale Beteiligung an der Umsatzsteuer nicht ausgeglichen, vor allem deshalb nicht, weil der Umsatzsteuerertrag selbst auf 0,6 Prozent gekürzt werden soll. Dabei sind den Gemeinden immer wieder neue Aufgaben überwiesen worden und das Versprechen, ihnen dafür die nötigen Mittel zu gewähren, steht leider allzu oft nur auf dem Papier. Ist aber eine klare Abgrenzung der Aufgabengebiete zwischen Reich, Ländern und Gemeinden Voraussetzung für eine gesunde Finanzpolitik, so muß andererseits entsprechend dem Umfang der den Gemeinden übertragenen Aufgaben auch ihre Beteiligung auf finanziellem Gebiete bemessen werden. Wenn die Aufsichtsbehörden von den Gemeinden verlangen, daß sie keine Ausgabe ohne gleichzeitige Deckung beschließen, so muß diese Forderung naturgemäß erst recht dann gestellt werden, wenn den Gemeinden eine solche Aufgabe ohne ihr Zutun, vielleicht sogar gegen ihren Willen, auferlegt wird.

Weiter muß die Verteilung der Steuerquellen unter die drei Hauptkategorien: Reich, Länder und Gemeinden noch konsequenter durchgeführt werden, als es bisher geschehen ist. Der hauptbeteiligte Partner, das Reich, ist immer noch der Meistbegünstigte, denn das Reich ändert im Wege der Gesetzgebung nicht nur die Grundlagen der Einteilung nach seinem Gutdünken, sondern es übt auch die ganze Steuerverwaltung aus.

Der ungeheure Zustand, daß die Städte in der Hauptsache Kostgänger des Reiches und der Länder sind, muß beseitigt werden. Für eine Verteilung an die Länder und Gemeinden kommen in erster Linie diejenigen Steuern in Frage, die im geschichtlichen oder wirtschaftlichen Zusammenhang mit ihnen stehen. So wird nach wie vor die Grund- und Gewerbesteuer in erster Linie als Gemeindesteuer aufgegriffen werden müssen, weil die Gemeinden durch ihre eigene Tätigkeit die Realwerte steigern und weil sie die durch die gewerblichen Betriebe verursachten Lasten, zumal auf dem Gebiet der Schule und dem sozialen Gebiete, vorzugsweise zu tragen haben. Aus diesem Gedanken heraus ist ja auch feinerzeit die Sozialabgabe geboren worden.

Nach wie vor wird aus Kommunalkreisen die Forderung gestellt, daß das Reich sich auf die Umsatzsteuer konzentriert und die Einkommensteuer den Ländern und Gemeinden wieder überläßt, wie es früher der Fall war. Bis 1925 war das Reich ja auch nur mit 10 Prozent an der Einkommensteuer beteiligt. Durch den Finanzausgleich vom 10. August 1925 ist allerdings der Reichsanteil an der Einkommensteuer auf 25 Prozent erhöht worden und das bedeutet einen weiteren Schritt abwärts von dem Wege, der zur Erfüllung der Wünsche der Länder und Gemeinden führt.

Nach alledem würde eine neue Steuerumverteilung dergestalt praktisch sein, daß:

1. das Reich die Zölle, die Verbrauchs- und Verkehrssteuern und die Vermögenssteuer erhält;
2. die Länder die Einkommensteuer und eine Beteiligung an der Grundsteuer und der Aufwertungssteuer;
3. die Gemeinden das Zuschlagsrecht zur Einkommensteuer, die Realsteuern und einen Anteil an der Aufwertungssteuer erhalten.

Solange die jetzige finanzielle Not anhält, werden die Länder und Gemeinden wohl oder übel auch an der Umsatzsteuer beteiligt werden müssen. Endlich dürfte es sich empfehlen, daß die drei Steuerkategorien auf den ihnen verbleibenden Steuergebieten völlig selbstständig werden und zwar unter dem Gesichtspunkt der Selbstverantwortung. Praktischer und nachdrücklicher als die Aufsicht des Staates ist die Selbstkontrolle; eine Zentralbehörde kann umsofortiger in den inneren Betrieb einer Gemeinde soviel Einblick gewinnen, um im rechten Augenblick die richtigen Maßnahmen zu treffen. Selbstverwaltung bedingt Selbstkontrolle. Hier tritt

Die heutige Morgenausgabe unseres Blattes umfaßt 8 Seiten.

# Die Debatte über die Fürstenabfindung

VDZ. Berlin, 24. Febr.

auch die viel umstrittene Frage des Zuschlagsrechts in den Vordergrund. Das Zuschlagsrecht ist ja wohl das Kernstück einer endgültigen Finanzreform und § 8 des Gesetzes über Änderungen des Finanzausgleiches vom 10. August 1925 lautet:

„Die Länder und Gemeinden werden nach Maßgabe eines besonderen Reichsgesetzes die Befugnis erhalten, vom 1. April 1927 ab selbständige Anteile an der Einkommensteuer und Körperschaftsteuer festzusetzen.“

Es erheben sich schon jetzt manche Stimmen gegen die gefällige Fixierung eines Zuschlagsrechtes. Wenn die Einkommensteuer aber nicht völlig den Ländern und Gemeinden überlassen werden kann, dann ist die Gewährung eines Zuschlagsrechts an die Gemeinden erste Bedingung einer Gesundung ihrer Finanzen. Wie es bei dem jetzigen Zustand bei der Überweisung solcher Anteile, dann wird der Andrang an die große Futterkrippe des Reiches nicht nachlassen, wenn diese Überweisungen zu gering sind und es wird die Verschwendung nicht aufhören, wenn sie zu hoch sind. Bei anderen Steuern z. B. der Grundvermögens-, Gewerbe-, Getränke- und der Aufwertungssteuer sind Zuschläge erlaubt, wenn auch an Höchstgrenzen gebunden; was hier billig ist, muß auch für die Einkommensteuer recht sein.

Das Recht, Zuschläge zu erheben, wird gewiss eine wesentliche Sparmaßnahme in jeder Kommunalwirtschaft herbeiführen, denn die Gemeindevorstände, die über die Ausgaben beschließen, bestimmen auch über die Beschaffung der Mittel und spüren die Belastung am eigenen Geldbeutel.

Einkommensteuerzuschläge sind übrigens die sozialste Besteuerungsart, jedenfalls weit sozialer als die Umsatzsteuer, die alle Schichten unterschiedslos trifft, und als etwa eine Erhöhung der Tarife für Gas, Wasser und Elektrizität.

Endlich spricht für die Einkommensteuerzuschläge die Erfahrung, daß das jetzige Ueberweisungssystem auf die Dauer unhaltbar ist. Es ist in einem großen Lande unmöglich, die richtige Verteilung für die Tausende von Gemeinden und Gemeindeverbänden zu finden, ohne daß dies zu Härten und Ungerechtigkeiten führt. Die Erfahrungen von 1924 und 1925 lehren, daß zahlreiche Gemeinden eben infolge der ungünstigen Verteilung von ihren Ländern zu wenig erhalten, und daß sich, ähnlich wie in der Vorkriegszeit, jetzt wieder Dafen gebildet haben nur aus den Zufälligkeiten der unberechenbaren Verteilung heraus.

Sind in Land mit dem Zuschlagssystem muß ein richtiger Lastenausgleich durchgeführt werden. Der Lastenausgleich darf dabei aber nur Ergänzung sein. Vor dem Kriege war vom Lastenausgleich kaum die Rede, das Prinzip der Individualisierung beherrschte die öffentliche Meinung so stark. Nach dem Kriege versel man sich Extrem: Die Erzbergerische Finanzreform führte im Zusammenhang mit der Inflation zu härtester Zentralisierung der Steuern, und diese wirkte sich, wie oben erwähnt, in unsystematischen Umschichtungen aus. Der finanzielle Ausgleich wird durch einen organischen Lastenausgleich in Gestalt der Übernahme von Aufgaben von kleineren auf den größeren Verband ergänzt. Der finanzielle Ausgleich findet hauptsächlich auf dem Gebiete der Schul- und Wegekosten statt, der organische bei den Fürsorgeaufgaben und der Polizei. Was die Städteordnung des Reiches vom Jahre 1808 organisatorisch geschaffen hat, das kann die Wiederherstellung der Selbstverwaltung auf dem Gebiete der Kommunalfinanzien jetzt erneuern. Nur gilt es, rasch zu handeln!

## Baumglück auf der Berliner Nord-Südbahn.

Berlin, 24. Februar. Auf der Baustelle der Berliner Nord-Südbahn am Hermannsplatz stürzten aus bisher noch unbekanntem Grund drei Arbeiter in einen tiefen Schacht. Alle drei wurden mit schweren Verletzungen ins Krankenhaus gebracht.

## Künstler-Not-Versammlung.

Der Wirtschaftliche Verband der Künstler Süd-Westdeutschlands hatte für Montag, den 22. Februar die Regierung, die Landtagsabgeordneten, die städtischen Behörden, Kunstfreunde, Künstler und Künstlerinnen zu einer „Ausdrucks- und über die Notlage der Künstlerchaft und über die Maßnahmen zu ihrer Behebung“ eingeladen. Kurz nach 4 Uhr eröffnete Professor Ue die Versammlung der zahlreich erschienenen und forderte zu einer offenen Aussprache über die Not der Kunst und Künstler auf, indem er auf die Hilfe von Staat und Städten und wirtschaftlich befähigten Kunstfreunden hinwies.

Ehe in die eigentliche Besprechung eingetreten wurde, widmete Prof. H. A. Wähler der Tagung seine weisevoll würdigen Worte über die Bedeutung der Kunst im Leben des Volkes. Er erklärte die Kunst als die höchste und edelste Vertreterin und Auserwählte des menschlichen Geistes. Aus dem hohen Ziel erwachsen der Kunst die Pflichten und die Verantwortlichkeit, der Menschheit Würde zu bewahren. Dadurch aber sei auch der Ruf gerechtfertigt: Vergiß uns nicht, Volk!

In dem Auf und Ab, Hin und Wider der etwa 20 Redner, deren Aussprachen hier eingehend nicht angeführt werden können, kam an zahlreichen angeführten Beispielen klar zutage, daß die Kunst und ihre Vertreter vor einer ersten wirtschaftlichen Krise stehen, die den Wurzeln des Kunstschaffens gefährlich wird. Einmütig wurde die Tragik geschildert, die darin liegt, daß hier Arbeitswillige in Not geraten, weil sie keine Arbeit finden können, die abgelehnt werden kann und Arbeitslosenunterstützung für die schaffenden Künstler demokratisierend, niederdrückend und deshalb abzulehnen sei. Deshalb müssen der Staat und die Regierung als Treuhänder des Volkes und seiner Schaffenskraft für die Künstler eintreten, ebenso die Gemeinden. Man könne schon mit

Der Reichsauschuß des Reichstages setzte die Beratung des Kompromißgesetzes über die vermögensrechtliche Auseinandersetzung mit den vormals regierenden Fürstentümern fort. Angenommen wurden die §§ 4 und 4a in folgender Fassung.

§ 4. Das Reichsfinanzgericht stellt, wenn es dies nicht für unerheblich hält, oder beide Parteien darauf verzichten, auf Grund von Reichs- und Landesrecht die Rechts- und Eigentumsverhältnisse fest. Es nimmt die Auseinandersetzungen nach Billigkeit und unter Berücksichtigung der Vorschriften in § 58 vor.

§ 4a. Das Reichsfinanzgericht hat zunächst einen gütlichen Ausgleich zu versuchen. Im übrigen bestimmt es sein Verfahren nach freiem Ermessen. Es kann Beweiserheben und Gerichte um Rechtshilfe ersuchen, sowie die für die ordentlichen Gerichte in bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten geltenden Vorschriften entsprechend anwenden.

§ 5 enthält nur die Vorschriften, auf Grund deren das Reichsfinanzgericht zu urteilen hat. Hier entspann sich eine sehr ausgedehnte Debatte. Es handelt sich darum, daß bei der Zuteilung der Vermögensgegenstände zu berücksichtigen ist, daß die einzelnen Vermögensgegenstände von den Mitgliedern der Fürstentümer feinerzeit auf Grund eines privatrechtlichen Titels, oder insbesondere in den Zeiten der absoluten Monarchien auf Grund des Völkerver-, Staats- oder sonstigen öffentlichen Rechts oder von Gegenleistungen, die sie nur kraft ihrer Souveränität bewirken konnten, erworben worden sind.

Abg. Dr. Rosenfeld (Soz.) beantragte, daß vom Reichsfinanzgericht als Eigentum des Landes im Voraus festzustellen sind:

1. Alle Vermögensgegenstände, die von Mitgliedern ehemaliger regierender Häuser auf Grund von völkerverrechtlichen, staatsrechtlichen oder sonstigen öffentlich-rechtlichen Titeln, insbesondere in den Zeiten der absoluten Monarchie erworben worden sind.
2. Alle Vermögensgegenstände, die auf Grund privatrechtlicher Titel erworben worden sind, wenn der Erwerb gegen Leistungen, die nur kraft der staatsrechtlichen Stellung der regierenden Häuser bewirkt werden konnten, oder wenn der Vorbesitzer das regierende Land oder eine dem regierenden Lande angehörende öffentliche Körperschaft war, oder wenn der Erwerb erfolgt ist mit Mitteln einer öffentlichen Kasse oder gegen Vergabe von Vermögensgegenständen, die nach diesen Grundrissen selbst als staatliches Eigentum zu gelten haben würden.
3. Gegenstände, deren Besitz für das Land aus Gründen der Geschichte, der Kultur, der Völkerverbildung oder Volksgesundheit von Bedeutung ist, ferner Theater, Schlösser, Museen, Sammlungen, Parkanlagen und dergleichen.
4. Land- und Forstbesitz, soweit diese für die finanzielle Leistungsfähigkeit des Landes, oder für die Durchführung der staatlichen Aufgaben (Schulung, Landabgabe an Kleinbauern, Städteverwaltungen, Schaffung von Erholungsheimen u. dgl.) von Bedeutung ist.

Ferner soll als § 5a eingefügt werden: Soweit nicht nach den Bestimmungen der vorherigen Paragrafen Vermögensgegenstände Eigentum des Landes werden, ist das Eigentum auf das Land zu übertragen gegen Gewährung einer Rente. Das Reichsfinanzgericht setzt für jedes am 1. November 1918 lebende Mitglied eine Rente nach Billigkeit fest.

Abg. Freiherr von Rittschhofen (Dem.) behält sich vor, in der zweiten Lesung einen Vermittlungsantrag zwischen dem Kompromißentwurf und dem sozialdemokratischen Antrag einzubringen.

Abg. Dr. Bell (Ztr.) erklärt, es müsse unbedingt in der zweiten Lesung eine unantastbare und klare Formulierung gefaßt werden, die für das Reichsfinanzgericht entspre-

chende Vorschriften darüber festlegt, welche einzelnen Vermögensgegenstände als Eigentum des Landes oder der Fürstentümer zu gelten haben und bei der Auseinandersetzung der einen oder anderen Partei zuzurechnen sind.

Abg. Dr. Wunderlich (D. Vp.) brachte zum Ausdruck, daß die Fassung des § 5 des Kompromißgesetzes, so wie er jetzt vorliegt, ihm nicht genüge, und daß er für die zweite Lesung einen Antrag formuliert habe.

Abg. Dr. Barth (D. Natl.) betont, die Fassung des Kompromißgesetzes lasse völlig im Unklaren, wo entscheidungsgreifende Entschlüsse einzuwirken könne, oder wo die Entscheidung nur gegen allgemeine Entscheidungserfolge erfolge dürfe. Dem wollen wir abhelfen, so führte der Redner aus, indem wir vorschlagen, daß die Uebertragung von Vermögensgegenständen, die bisher in unbestimmtem, oder anerkanntem, oder im Laufe des Verfahrens festgestellten Privateigentum standen, nur gegen angemessenen, vom Sondergericht festgesetzten Ausgleich erfolgen darf. Was hier den Fürsten geschieht, wohlgerne in Bezug auf ihr Privateigentum, das kann bei solcher Eintheilung ebenso den großen Landwirtschaftsbesitz und schließlich auch den mittleren und Kleinbesitz, den Hausbesitz usw., einmal treffen, und es kann das, was hier geschieht, sich auch einmal gegen die Kirche richten.

Der sozialdemokratische Antrag zu § 5 wurde mit 13 gegen 7 Stimmen bei 4 Enthaltungen abgelehnt.

Nach ausgedehnter Debatte wurde der § 5 in folgender Fassung in erster Lesung angenommen:

1. Bei der Zuteilung der Vermögensgegenstände ist zu berücksichtigen, ob die einzelnen Vermögensgegenstände von den Mitgliedern der Fürstentümer feinerzeit auf Grund eines Privatrechtstitels, oder, insbesondere in den Zeiten der absoluten Monarchie, auf sonstige Weise erworben worden sind, oder gegen Leistungen, die sie nur kraft ihrer Souveränität bewirken konnten.

2. Gegenstände, auf deren Besitz ein Land aus Gründen der Kultur oder Volksgesundheit Wert legen muß, Theater, einschließlich Theaterfundus, und zur künftigen öffentlichen Verfügung freigegebene Schlösser mit Inventar, Museen, Sammlungen, Archive und Bibliotheken, Parkanlagen und dergleichen, erhält das Land auf seinen Antrag in der Regel zum Eigentum. Ob und inwieweit für solche Gegenstände oder Einrichtungen eine Entschädigung zu gewähren ist, richtet sich nach freiem Ermessen, insbesondere aber danach,

- a) ob sie bereits vor der Staatsumwälzung des Jahres 1918 der Öffentlichkeit zugänglich oder nutzbar gemacht waren,
- b) ob sie im ganzen oder teilweise veräußert sind oder nicht,
- c) ob ein Nutzungswert vorhanden oder wie hoch er ist,
- d) ob oder in welchem Umfang mit der Unterhaltung Kosten verbunden sind.

3. Bei der Zuteilung von Land- und Forstbesitz ist an die vormals regierenden Häuser die Größe des Landes und seine staatlichen Notwendigkeiten (Siedlungsmöglichkeiten, Städtevermehrungen, Schaffung von Erholungsstätten und dergl.), ausgleichend in Betracht zu ziehen.

4. Vermögensgegenstände der einen Partei sind auf die andere zu übertragen, wenn dies zur Erreichung eines billigen Ausgleiches oder einer billigen Entscheidung erforderlich ist.

5. Bei der Vermessung der den Fürstentümern zuzurechnenden Vermögensgegenstände, Kapitalien oder Renten ist die wirtschaftliche und finanzielle Lage beider Parteien zu berücksichtigen. Hierbei soll einerseits durch Umwertung aus der Masse der vorhandenen Vermögenswerte den vormals regierenden Häusern eine würdige Lebenshaltung gewährleistet werden, andererseits

aber berücksichtigt werden, daß die allgemeine Wirtschaftslage des deutschen Volkes infolge des Krieges und der Nachkriegszeit eine gegenüber den früheren Verhältnissen sehr wesentlich herabgedrückt ist und daß die Ausgaben in Weitausfall gekommen sind, die den vormals regierenden Häusern früher dadurch erwachsen sind, daß sie Träger der Staatsgewalt waren.

6. Soweit bei Vermögensgegenständen der vormals regierenden Fürstentümer Gebrauchs- oder Nutzungsrechte an Dritte verliehen oder zugesichert worden sind, sind diese Rechte in geeigneter Weise sicherzustellen.

7. Bei der Aufwertung von Ansprüchen hat das Aufwertungsgebot vom 16. Juli 1925 mit Rücksicht auf Kapitalabfindungen, die für die Ueberlassung von Gebäuden und Grundstücken an ein Land den früher regierenden Häusern zugestanden worden sind, die für die Aufwertung von hypothekarisch gesicherten Kapitalien zugestanden worden sind, die für die Aufwertung von gebundenen geleihenden Bestimmungen aus dem Platz greifen, wenn die Ansprüche auf Kapitalabfindungen hypothekarisch nicht gesichert sind.

8. Die den Mitgliefern der vormals regierenden Häuser zustehenden Zivilrenten und ähnlichen Renten (Kronrenten, Kronrenten, Kronrenten-Renten und andere) fallen ohne Entschädigung fort.

9. Den Ländern ist aus der vorhandenen Vermögensmasse ein angemessener Ausgleich für die aus der Uebernahme von Versorgungsansprüchen ehemaliger Hofbediensteter entstehenden Lasten zu bewilligen.

Der § 6 wurde in folgender Fassung angenommen: Wenn durch Spruch des Reichsfinanzgerichts oder in einem Veraleich ein Land zur Zahlung von Kapital oder Renten verpflichtet wird, so ist die empfangsberechtigte Partei verpflichtet, diese Beiträge bis zum Ablauf des Jahres 1950 nur für die Bedürfnisse der vormals regierenden Häuser, zu Wohlthatigkeits- oder kulturellen Zwecken zu verwenden. Die Verbringung eines ausgezahlten Kapitals ins Ausland bedarf der Genehmigung des betreffenden Landes. Bei Zusammenhängungen kann eine zu zahlende Rente oder ein noch zu zahlendes Kapital einbehalten, sowie bereits gezahltes Kapital zurückgefordert oder die Verpflichtung zur Zahlung von Renten oder Kapital für erloschen erklärt werden. Ueber Streitigkeiten aus diesen Bestimmungen entscheidet das Reichsfinanzgericht.

Der Ausschuß vertrat sich dann am Donnerstag.

## „Auslandsdeutsche.“

Wir haben kürzlich das Verhalten eines „Auslandsdeutschen“ gekennzeichnet, der angestrichelt durch die Reden Mussolinis nichts Besseres glaubte tun zu können, als um Aufnahme in die italienische Nation zu bitten. Oskar Wichelhaus hieß der Edel. Ein Leser unseres Blattes, dem wir die Gewähr für die Richtigkeit seiner Mitteilungen überlassen müssen, teilt uns dazu weiteres mit. Er schreibt:

Im Mailänder „Secolo“ veröffentlicht ein gewisser „Oskar Wichelhaus“ einen Brief an den Direktor dieser Zeitung, worin er vorschlägt, daß alle in Italien lebenden Deutschen, die aufrichtig die der gaislichen Nation zuzuneigende Beteiligung durch den italienischen Nationalismus empfinden, darum bitten, daß ihnen die italienische Nationalität verliehen werde, wie er „Wichelhaus“ es in diesem Moment tue. Wer ist Wichelhaus? Der Vater des Wichelhaus, ein rheinischer Industrieller, wurde im Jahre 1807, nachdem er in Deutschland bankrott gemacht und seinen Schuldnern den Rücken gekehrt hatte, von einer deutschen Firma (Köhler, Mayer u. Ja. Kliner, Wollwarenfabrik) in Braio bei Florenz erkaufte. Die deutsche Firma zahlte ihm auch noch die Ueberredungskosten. Sie hatte aber keinen guten Griff mit dieser Geistesarbeit getan. 1900 kam sein Sohn Oskar, der abtrünnige, in sein neues Vaterland nach Italien, da ihm die Luft in Süddeutsch-

Miet-Erleichterungen, Kohlen-Lieferungen usw. viele Not beseitigen.

Außer diesen und ähnlichen Vorschlägen zur Behebung der Not wurden aber auch andere, an die Wurzel der Notlage gehende Vorschläge gemacht, die auf Vermeidung eines Künstlerproletariates abzielen. So wurden von verschiedenen Seiten die viel freigeren Aufnahmebedingungen an der Landeskunstschule, die Höherstellung der Ausbildungsziele, die Trennung von Kunstgewerkschule und Akademie usw. verlangt; auch die strengere und billigere Arbeit, die Umgestaltung der hohen Kunst auf lebensnotwendiger Gebiete (Illustration, Porträtmalerei usw.) wurde gefordert und mit zutreffenden Gründen wurde die noch rigorosere Durchführung der Schulforderungen abgelehnt. Von außerordentlich praktischem Wert waren die Ausführungen von Prof. Walsinger, der eine größere Toleranz unter den Künstlern selbst anregte, von Prof. Württemberg, der den Schulbetrieb und die notwendige Vielseitigkeit der Künstler, von Maler Gebhard, der eine weniger einseitige Behandlung der Auftragsarbeiten an der badischen Kunstschule und eine Auftragskommission von Künstlern forderte. Andere Anträge, wie häufigere Ausstellungen, die vom Staat und den Gemeinden unterstützt werden, wurden der Erwägung empfohlen, oder glatt abgelehnt, wie etwa der Boykott gegen die Zeichenlehrer bei Ausstellungen und Verkäufen wegen unläuterer Wettbewerb. Die von den verschiedensten Seiten und Standpunkten aus gemachten Betrachtungen, Einwendungen, Forderungen und Verbesserungsvorschläge ließen aber zwischen den Worten noch deutlich erkennen, daß das Gespenst der Künstlernot offensichtlich zusammenhängt mit dem Kunstzusammenbruch der Inflationzeit und des Expressionismus, der verheerend gewirkt hätte. Auch hier gelte es, den Hebel zur Besserung anzusetzen. Erstbiete, abgegebene Arbeit müsse das verlorene Feld wieder gewinnen. Es gehe nicht mit dem Kauf der selbstherrlichen Geniefee. Die Kunst müsse wieder Zusammenhang und Beziehung zum Volk gewinnen. Kunstliebe und Kunstverständnis müsse wieder ins Volk getragen werden; dann werde

das Volk auch wieder zu den Künstlern kommen. Prof. Bühler, Prof. Württemberg, Frau Horn-Rinellus und Maler Gebhard hoben die ethischen Zusammenhänge zwischen Kunstschaffen und Kunstfreunden hervor; auch der Wegfall der Einkäufe seit Thomas Abgang von der Galerie sei deutlich und schmerzhaft fühlbar.

Regierungsrat Dr. Asaf, als Vertreter der Regierung, befahte sich hauptsächlich damit, darzutun, was der Staat und die Regierung in Baden alles für die Kunst und ihre Erzeuger tue, sowohl in der Ausbildung der Künstler, als auch in deren Beschäftigung durch Aufträge, wie auch in der Erleichterung der derzeitigen Notlage. Aber alle staatlichen Maßnahmen könnten dem Künstler keine wirkliche Hilfe bringen, weil sich der Aufwand für Kunstausträge auf Material und Künstler verteilte zuzunehmen des Letzteren. Auch die angeführten Beispiele der Hilfe von Ländern und Städten seien in Wirklichkeit nicht ganz so rosig aus, wie sie vorgeführt worden wären; denn von den genannten Summen kämen nur die Zinsen in Betracht, nicht das Kapital selbst. Immerhin könne die Regierung trotz beschränkter Mittel nach erfolgter Antragstellung gewisse Hilfsformen in Aussicht nehmen und zuzuhören, z. B. die Errichtung einer Darlehenskasse, Mietstundungen und -befreiungen, Ausstellungen usw.

Zum Schluss fasste Prof. Ue das Ergebnis der Aussprache in praktische Vorschläge (Ausmalung von Sälen) und in Anträge zusammen, die im Eingehen mit dem „Wirtschaftlichen Verband“ an den Landtag und die Regierung gestellt werden sollen.

Wenn die Aussprache auch nicht den wuchtigen und demonstrativen Charakter anwies, den sie hätte haben können, so ergaben die von verschiedenen Seiten gezeichneten Zustände doch ein ereignisreiches Bild von der kritischen Lage, in der Kunst und Künstler Badens sich befinden. Es kann nicht ernst und eindringlich genug betont werden, daß es moralische und rechtliche Pflicht der Allgemeinheit ist, hier helfend einzugreifen. Auch die Presse darf sich dem Aufführungsdiener über diese Sachlage nicht entziehen.

Wir behalten uns vor, durch gelegentliche Besprechung der und jener Seite der Sachlage und durch Vorschläge zur Besserung der Sache der Kunst auch ferner zu dienen.

## „Narzisz und die Pompadour.“

Uraufführung im Mannheimer Nationaltheater.

Morris Lederer, Dramaturg in Mannheim und Schriftsteller, ging bei seiner Arbeit auf Brochvogels „Narzisz“ und weiter auf Diderots vom ihm selbst als Duell bezeichnetes Vorbild zurück. Der Brochvogelische Dührerreifer war wohl der größte Theatererfolg in der zweiten Hälfte des vorigen Jahrhunderts, und es fehlt keinen bedeutenden Charakterdarsteller von Diderot über Sonnenfall und Witternburger bis zu Daffermann, der mit der Bombenrolle des Narzisz nicht Vorberer geerntet hätte. Die großen Komödianten gehören der Theatergeschichte an, die mit der Veränderung des Darstellungsstils erfolgte „andere“ optische und akustische Entfaltung des Publikums hat den Gedankenpieler in den Vordergrund gelassen, und damit ist zugleich der Theaterreifer der alten Schule langsam aus dem Blickfeld des heutigen Menschen verschwunden. Um auch heute noch mit einem Narzisz zu „leben“, handelte es sich um die stilistische Eingliederung dieser Theaterrolle in den Rahmen eines modernen Dramas. Hier fehlte denn auch Lederer ein, indem er versuchte, die unbeschwertere Handlung Brochvogels, die mit einem Einführungsakzept begann und mit dem theatralischen ausgemünzten Tod der beiden Endete, an der Richtung unseres heutigen Zeitempfindens anzubiegen.

Lederers Absicht war vor allem, die Figur des Narzisz aus den geistigen Strömungen und sozialen Verhältnissen im Frankreich Ludwigs XV. zu erklären. Natürlich kommt dieser Bohémien, dessen Genialität an einer Frau vom Form der Pompadour zerbrechen mußte, aus dem Proletariat. Er wächst an den Ideen der französischen Revolution, entzieht sich der bürgerlichen Sphäre und endet nach dem entscheidenden Be-

zila, wo er sich auf Farmen herumtrieb, anschließend zu die wurde. Die genannte deutsche Firma war wieder so zuvorkommend, dem Vater des Oskar einen größeren Geldbetrag zur Verfügung zu stellen, damit sich letzterer eine Existenz gründen konnte. 1911 endlich überließ er nach Mailand. Jetzt kehrt er dem Deutschland den Rücken. Dies hindert ihn aber nicht, „stroh wie Oskar“, seine Waren nach wie vor seinen Antibrüdern aufzukauwen und in verschiedenen deutschen Zeitungen zu annoncieren. Den Wohlthäter aber, der deutschen Firma, wurde in Italien und in der Tschechoslowakei Hab und Gut von den neuen Freunden des Renegaten wegenommen. Undank ist der Welt Lohn!

Dem Schreiber dieser Zeilen ist Wichelhaus persönlich bekannt.

Wir können nur wiederholen: Wir begrüßwünschen die italienische Nation auf diesem Zuwand! Beide sind einander wert.

### Badische Politik

#### Aus dem Haushaltsausschuß.

Der Haushaltsausschuß hielt am Mittwoch zwei Sitzungen ab, in denen er sich mit verschiedenen Anträgen befaßte, zunächst lag ihm ein kommunikativer Antrag über

#### die Notlage der Studenten

vor. Aus den Ausführungen des Berichterstatters ging hervor, daß für die drei badischen Hochschulen für Unterhaltungsbedürfnisse 21.000 M im Etat eingelegt seien und der badische Staat ein unverzinsliches Darlehen von 40.000 M gewährt habe. In weitgehendster Weise würden an den Hochschulen Honorarnachlässe gewährt, etwa 17 bis 21 vom Hundert. Einmütig wurde der Antrag des Berichterstatters angenommen, im nächsten Etat für die Unterhaltung notleidender Studenten größere Mittel bereitzustellen und zu prüfen, ob neue Grundzüge für Honorarnachlässe aufgestellt werden sollen und ob zur Prüfung dieser Frage eine andere als die bisher übliche Mitwirkung der Studenten möglich sei.

Eine eingehende Aussprache entspann sich über einen Zentrumsantrag, der die Notlage der an-

#### Aufhebung der Steuereinnahmeverbote

in Baden stellenlos gewordenen Steuererheber, die wirtschaftliche Lage der Klassenverwalter und die Frage der Steuererhebung auf dem Lande zur Grundlage hatte. Ein Regierungsvorbericht führte u. a. aus, daß es den Bemühungen der badischen Regierung um Erhaltung der Erhebersellen gelungen sei, daß die Zahl dieser Stellen bis jetzt auf über 600 gestiegen sei und sich wohl noch erhöhen werde. Die Reichsfinanzverwaltung habe erklärt, daß eine Abfindung für Steuererheber nicht vorgesehen sei. Mit der Einführung von Einkünften in den Orten, in denen Einzugs- und Pfändstellen aufgehoben worden seien, sei die Regierung einverstanden, wenn von den betreffenden Gemeinden ein Zimmer zur Verfügung gestellt werde. Dem demokratischen Antrag, die Grund- und Gewerbesteuer durch die Gemeinden erheben zu lassen, könne nicht stattgegeben werden. In der Aussprache erklärte man sich mit dem Antrag einverstanden, der dann einstimmig angenommen wurde.

In der Nachmittagsitzung wurde zunächst ein Antrag der Deutschen Volkspartei, allen in Baden lebenden

#### Mitglieder

die eine Kriegsteilnehmerbeihilfe beziehen, eine einmalige Winterbeihilfe von 30 M. zu gewähren, behandelt. Der Berichterstatter schlug vor, den Antrag zusammen mit einem Antrag des Badischen Kriegerbundes der Reichsregierung zu überreichen. Der Antragsteller der Deutschen Volkspartei bekämpfte diesen Antrag mit der Begründung, daß baldige Hilfe dringend

geboten sei. Der Vertreter der Regierung lehnte den Antrag aus finanziellen Gründen ab. Zum Schluß wurde mit allen gegen vier Stimmen bei einer Stimmenthaltung ein Antrag angenommen, der die Ueberweisung des auch auf andere Punkte erweiterten volksparteilichen Antrags an die Reichsregierung befürwortet. In einem Antrag der gleichen Partei wird die Regierung ersucht, Mittel bereitzustellen, um die vor dem 1. September 1924 aus der

#### Schutzpolizei

ausgeschiedenen Verordnungsbeamten vor der größten Not zu schützen. Der Regierungsvorbericht sagte zu, daß die Regierung weitgehendst den badischen Schutzpolizeibeamten helfen wolle und Mittel aus dem allgemeinen Reichshaushalt für diesen Zweck zur Verfügung stellen könne. Der Antrag der Deutschen Volkspartei wurde einstimmig angenommen. Der Haushaltsausschuß vertagte sich auf morgen vormittag.

#### Der Bergbau in Baden.

Der Reichsbergbauausschuß des Badischen Landtages befaßte sich in seiner gestrigen Sitzung mit einem Gesuch des Bergingenieurs Frohwein-Vergahaupten um Aenderung des Berggesetzes, über das nach einer längeren Beratung zur Tagesordnung übergegangen wurde. Im Verlaufe der Aussprache machte der Vertreter des Finanzministeriums interessante Ausführungen über den Bergbau in Baden. Er erklärte u. a., daß die Hoffnungen bestehe, daß Baden in kurzem einen bedeutenden Eisenerzbergbau erhalten würde, und vielleicht den Rothbringer Bergbau erlangen könne. Das Bergwerk im Schwanstalden befaßte beispielsweise z. B. 200 bis 300 Arbeiter, das Wieslocher Wert etwa 150 Arbeiter. Weitere Untersuchungen auf weitere Wälder bei Bleibach, im Kinzigtal und bei Waldkirch gemacht. Das Gipswerk bei Redarzimern sei mit seinen 600 Arbeitern das größte in Deutschland. Auch die Erdölentdeckung bei Forst berechtige zu den schönsten Hoffnungen.

### Badischer Industrie- und Handelstag.

Unter dem Vorsitz von Präsident Venele-Mannheim fand am 10. Februar d. J. in Freiburg eine Präsidialkonferenz der badischen Handelskammern statt, über deren Verlauf uns geschrieben wird.

Als Punkt I der Tagesordnung wurde die Möglichkeit der Gründung einer Industrie-Kreditbank und Industrie-Kreditversicherung behandelt, zu der Bankdirektor Dr. Weilmannheim Bericht erstattete. Die Kreditnot, die in letzter Zeit in Bezug auf kurzfristige Anlagen etwas nachgelassen habe, sei für langfristige Realcredite noch sehr groß. Die selbständige Aufnahme von Auslandscrediten aber sei bisher nur allerersten deutschen Werken möglich gewesen. Es sei daher zu erwägen, ob nicht nach dem Beispiele Sachsens und Bayerns unter Mitwirkung des Staates ein Institut geschaffen werden solle, das seinerseits Auslandscapital annehme und für die Industrie (insbesondere der mittleren und kleineren Industrie) langfristig zur Verfügung stelle. An Hand von Statuten sämtlicher Kreditbanken gab der Referent einen Ueberblick über Form und Aufbau der zu gründenden Landesbankdarlehenskasse, die der badischen Wirtschaft 200 Millionen Mark zuführen sollte.

Es wurde beschlossen, erneut an die badische Regierung heranzutreten und die Schaffung eines ähnlichen Instituts, wie sie in anderen deutschen Ländern geschaffen oder im Entstehen begriffen sind, anzuregen.

Ueber den gegenwärtigen Stand der deutsch-französischen und deutsch-schweizerischen Handelsvertragsverhandlungen berichteten Präf. Venele und Prof. Dr. Blauslein. In verschiedenen Beziehungen, die in letzter Zeit in Berlin und Karlsruhe stattfanden, wurde von den Vertretern der badischen Wirtschaft erneut auf die Wichtigkeit der badischen Interessen in

der eisenerzverarbeitenden Industrie und in Bezug auf den Veredelungsverkehr hingewiesen.

Die Tätigkeit der Internationalen Handelskammer würdiate der Badische Industrie- und Handelstag durch einstimmigen Beschluß zum Erwerb der korporativen Mitgliedschaft. Es wurde den Kammer freigestellt, außerdem von sich aus die Einzelmitgliedschaft zu erwerben.

Von der angeregten Bildung eines badischen Fahrplanausschusses wurde Abstand genommen, da ein erhebliches Bedürfnis hierfür nicht festzustellen war. Für den internationalen Verkehr seien der Fahrplanausschuß des Deutschen Industrie- und Handelstages, Berlin, und für die lokalen Wünsche die Fahrplankonferenzen in den einzelnen Handelskammerbezirken auszureichen.

Präsident Venele gab bekannt, daß den Städten Referentenentwürfe über Aenderungen der Grund- und Gewerbe-, sowie der Gewerbesteuer zur Begutachtung zugegangen seien und wandte sich dagegen, daß den Handelskammern als den amtlichen Vertretern derjenigen Wirtschaftskreise, die die genannten Steuern in erster Linie zu tragen hätten, nicht dasselbe Anhörungsrecht eingeräumt werde. Eine derartige Einrichtung habe sich in Preußen bestens bewährt. Es wurde beschlossen, sofort nach Bekanntgabe des Entwurfs diesen durch die Steuerberater der badischen Handelskammern durchberaten zu lassen und eine gemeinsame Stellungnahme des Badischen Industrie- und Handelstages auszuarbeiten.

Bezüglich der Gebührensätze der Rechtsanwältinnen, Geschäftsaufsichtspersonen, Pleanenschaftsmakler, ferner bei den Registerämtern wurde einstimmig die Meinung vertreten, daß diese Gebühren in ihrer Höhe nicht gerechtfertigt und den heutigen Verhältnissen nicht angepaßt seien.

Bei der Erörterung der Frage der Abgrenzung von Industrie und Handwerk wurde auf die Ausdehnungsbestrebungen des Handwerks, die sich vielfach unter der neuen Begriffsbildung des „handwerklichen Großbetriebes“ vollziehen, hingewiesen. Die Bestallung von Buchrevisoren soll in Zukunft erst erfolgen, wenn dieselben eine Prüfung nach einer einheitlichen von den badischen Handelskammern im Benehmen mit dem Deutschen Industrie- und Handelstag ausgearbeiteten Prüfungsordnung abgelegt haben. Eine Umorganisation der Badischen Landesauftragsstelle wurde beschlossen. Ueber die wirtschaftliche Lage hat bereits in Gemeinschaft mit der Wirtschaftlichen Vereinigung der Unternehmerverbände mit Vertretern der Land- und Forstwirtschaft am Tage vorher eine Beratung stattgefunden.

### Verschiedene Meldungen

#### Erkung der „Westphalia“-Mannschaft.

Hamburg, 24. Febr. Die holländische Reederei, der die „Alfald“ gehörte, übernahm den Vorstand der Hamburg-Amerika-Linie einen namhaften Betrag zur Verteilung an die Rettungs-mannschaften der „Westphalia“. Die holländische Gesellschaft zur Rettung Schiffbrüchiger beschloß Kapitän Graafls, dem zweiten und dritten Offizier die goldene Rettungsmedaille, den übrigen Rettungsmannschaften, sowie den beiden Funkoffizieren die große silberne Rettungsmedaille zu verleihen.

#### Zum Urteil im Dolchstoßprozeß.

München, 24. Febr. In einer Entscheidung des Amtsgerichts München vom 23. Februar wird ausgesprochen, daß das Urteil im sogenannten Dolchstoßprozeß (Vereidigungsprozeß des Herausgebers der Süddeutschen Monatshefte Prof. Cömann gegen den verantwortlichen Schriftleiter der Münchener Post, Martin Gruber) als unter das Amnestiegesetz fallend zu betrachten ist. Damit entfällt die seinerzeit ausgesprochene Geldstrafe von 3000 M. Hinsichtlich der Prozeßkosten ist bekanntlich zwischen den Prozeßparteien vor einiger Zeit eine

Vereinbarung getroffen worden, wonach der Kläger auf die Hälfte der von dem Beklagten zu erhaltenden Kosten verzichtet.

#### Der Brand auf der Zeche Radbod.

Dortmund, 24. Febr. Der Brand auf der Zeche Radbod hat nach einer Mitteilung des Oberbergamts einen größeren Umfang angenommen. Er konnte bis jetzt trotz angestrengter Arbeit nicht gelöscht werden. Die vierte Sohle, die unterste Bausohle der Zeche, mußte unter Wasser gesetzt werden. Der Brand ist wahrscheinlich durch Selbstentzündung des Flözes entstanden, das über dem Flöz liegt. Verluste an Menschenleben sind nicht zu beklagen. Die gesamte Belegschaft der Zeche beträgt 3000 Mann, von denen durch das Ausfließen der vierten Sohle zwei Drittel vorläufig arbeitslos werden. Das restliche Drittel soll auf den oberen Sohlen beschäftigt werden, sobald der Brand mit Sicherheit gelöscht ist. Die vierte Sohle hofft man in einigen Wochen wieder in Betrieb nehmen zu können.

#### Aufdeckung neuer Betrugsfälle bei der Berliner Stadverwallung.

TU. Berlin, 24. Febr. Bei den Ermittlungen über den Umfang der Betrügereien der beiden städtischen Defraudanten Gerhardt und Schulz, die gemeinschaftlich vom Bezirksamt und der Kriminalpolizei angefaßt werden, sind jetzt einige weitere Fälle aufgedeckt worden. Allerdings erweist die Stadverwaltung bei diesen Fällen keinen Schaden, sondern es wird möglich sein, die Steuerpflichtigen haftbar zu machen. Außerdem hat die Untersuchung ergeben, daß auch in diesen Fällen gewisse Zensiten bei den Betrügereien die Hand im Spiel gehabt haben.

#### Tragischer Unglücksfall.

Dresden, 24. Februar. Als heute vormittag der Oberwachtmeister der Landespolizei Krebs an der Haltestelle die Straßenbahn verließ, verlor er seine Schußwaffe. Diese fiel auf die Straße und entlud sich. Der Schuß traf eine auf dem Anhängewagen stehende 39 Jahre alte Schlosserwitwe so unglücklich, daß der Tod auf der Stelle eintrat.

#### Zwei Kinder von Schweinen zerfleischt.

Berlin, 24. Febr. Auf einem oberösterreichischen Meierhof ließ die Frau des Verwalters ihre beiden Kinder, einen vierjährigen Knaben und einen Säugling, auf kurze Zeit allein in der Küche. Im Hofe umherlaufende Schweine drangen in die Küche ein, zerfleischten den Säugling und brachten dem vierjährigen Knaben so schwere Wundunten bei, daß er ebenfalls nach kurzer Zeit starb.

#### Todesflug eines französischen Piloten.

Paris, 24. Febr. Auf Grund einer Wette mit amerikanischen Kollegen versuchte der französische Flieger Leon Collet, der im Kriege an der rumänischen Front tätig war, den Bogen des Eiffelturms zu durchfliegen. Er geriet dabei aufsteigend in die Antennendrähte der Funktation und stürzte mit seiner Maschine ab. Das Flugzeug geriet in Brand und Collet wurde als verkohlte Leiche aus den Trümmern gezogen.

#### Russische Generale nehmen an den türkischen Manövern teil.

Moskau, 24. Febr. Der Vorsitzende des Sowjetkriegsrates, Woroschilow, wird sich demnächst mit einer Anzahl russischer Generale nach der Türkei begeben, um den türkischen Manövern beizuwohnen.

**Garantie** Zahnbürsten **RIES**  
und  
Rasierpinsel  
Ecke Friedrichsplatz 7  
sind von einwandfreien, desinfizierten Naturborsten  
und daher bevorzugt.

beserlebens in melancholischer und ohnmächtiger Resignation — ein Dasein, das halb Traum, halb Realität gewesen. Aus dem vernarrten Schwärmer für eine verfliegene Utopie wird der Papagei der Pariser Gesellschaft, ein Vogel, dessen kühnste Geste man aus Mitleid mit dem schwachen Körper liebt und aus dessen Schmelze in pittoresker Verzerrung bald die Schere des Anklägers, bald die pathetischen Warnungen eines Predigers und bald die phantastischen Melodien eines Romantikers kommen, ein Jäger, der auf den Boulevards und in den Cafés herumlampiert, und doch ein Mensch, in dessen Brust ein Herz schlägt für das Schöne, Große dieser Welt. Seit den Tagen, da er die Pompadour als kleines Mädchen liebt, sind 29 Jahre vergangen, als ihn der Zufall in den Mittelpunkt einer Intrigue stellt, die sich gegen die zur Fäulnis-Beherrscherin emporgestiegene Frau richtet. Die einstigen Liebenden erkennen und trennen sich jenseits der Trümmer, die den Weg zum wahren Menschentum bezeichnen.

Auch die alternde Pompadour erhält wieder die Blicke des geschichtlichen Vorbildes; sie erliegt bei Leberer auch nicht der fadenheimigen Intrigue, die Brachvogel als Kern seines Dramas betrachtet, sondern laucht am Ende ihres abenteuerlichen Lebens, das bedeutender war als die Laufbahn mancher gekrönten Königin, resignierend im Strahl der Zeit unter, nachdem sie bei der Begegnung mit Norzih noch einmal zu ihrer triumphalen Höhe emporgewachsen ist. Zum letzten Mal häumt sie sich auf gegen die degenerative Mittelmaßigkeit des damaligen Regimes; so steht sie im Rahmen des Ganzen als die Gestalt, die aus den Blättern der Geschichte entgegenschaut: „eine Königin und eine Hüne zugleich“. Die Frage, ob die neue Schluß-Fassung „richtig“ oder „möglich“ sei, muß wohl bejaht werden, weil im Leben alles möglich ist. Der erfindungsreiche Roman und die großartigste Romane vermögen die Wahrheit des Daseins und seiner unzähligen Wirkungsweisen nicht auszuschöpfen. Möglich ist alles, was zu denken ist!

Daß Leberer das Gute aus der Brachvogelischen Fassung übernahm, war nicht nur sein gutes Recht, sondern auch ein Akt berechnender Klugheit. (Abundum hat es mit seinem „Kreide-

kreis“ nicht anders gemacht, und hundert andere Beispiele in der Literaturgeschichte sehen dem Verfasser für die Verfechtung dieser Methode zur Seite.) Ausgeschlossen wird für seine eigene Vorgabe für das Genre des geistvollsten Dialog- und Stimmstücks sind die Mittel, die er aufwendet, um dem Mitleid des Ganzen ein stärkeres politisches und sozial-ethisches Parfüm beizumischen. Der Aufbau des Schlüssels insbesondere zeigt einen Kenner und Köhner von beträchtlicher Stärke. Zudem hatte der Verfasser in Wilhelm K o m a r einen Spielkameraden, der die Fähigkeit harter geistiger Durchdringung des Stoffes besitzt und so die Abhänger Leberers in feinfühligster Weise zu unterstützen vermag. Die Steigerungsmöglichkeiten wurden überall sehr klug und wirksam genutzt, und nur das Tempo hätte einer Beschränkung bedurft, zumal die nach Motiven von Gluck und Rameau sehr geschmackvoll zusammengestellte Musik (Dirigent: Karl L a u h) sich zwar als sehr stimmungsfördernd, aber auch als raun- und zeitprengend erwies. Seine G r e t e s Bühnenbilder waren durchweg der Sache angepaßt, um die es ging. Nach dem letzten Wille nahm der Verfasser besonders starke Formen an, und man rief laut nach dem Autor, der sich mit Kolmar und Stangina, dem Hauptdarsteller, immer wieder zeigen mußte. Es war ein großer Erfolg, der Leberer gewiß nicht unentdeckt machen wird; er weiß, auf wessen Schultern er mit seiner Arbeit steht.

Fritz Droop.

### Kunst und Wissenschaft

Die Grundmauern einer alten Königsburg gefunden. Nachdem im vergangenen Herbst bei Ausgrabungen in der Nähe der Rammelsberger Kaserne bei Goslar die Grundmauern der alten Johanniskirche freigelegt wurden, hat jetzt ein glücklicher Zufall zur Freilegung von Grundmauern geführt, die mit Sicherheit der alten Steinburg Heinrich des IV. zuzurechnen sind. dem Castellum in Monte La Pidea, wie sie im Ursprung genannt wurde. Die Mauer wurde bei Ausgrabungsarbeiten am Schieferberg frei-

gelegt und als ein unzweifelhaft mittelalterliches Bauwerk festgestellt. Sie ist etwa 90 Zentimeter stark, ein Meter hoch und in einer Länge von etwa 30 Meter bloßgelegt.

Die Not der Heidelberger Universität. In einer Besprechung der Heidelberger Ortsgruppe der Deutschen Volkspartei wurde von Geh. Rat von Schubert darauf hingewiesen, daß die Heidelberger Akademie der Wissenschaften, die älteste deutsche Universität, aller Voraussicht nach vor ihrer Auflösung stehe, weil es nicht möglich sei, die Mittel zu den weiteren wissenschaftlichen Arbeiten zu erhalten. Unter den heutigen Umständen sei es nicht möglich, Gelehrte von Ruf an die Heidelberger Universität zu bringen.

Gestohlene Mammutzahn. Bei Ausgrabungsarbeiten im Norden von Auerbach a. d. L. wurde in einer Tiefe von etwa 5 Meter eine Mammutzahn, der eine Länge von 1,30 Meter hatte, gefunden. Es sind Anzeichen vorhanden, daß man bei weiteren Ausgrabungsarbeiten auch den Schädel, entl. das ganze Skelet freilegen wird. Nach sachverständiger Beurteilung dürfte das Alter des Mammutzahnes auf 20.000 bis 30.000 Jahre zu bemessen sein. Leider wurde der Fund, der vorläufig in einer verschlossenen und gut verpackten Bauhütte geborgen war, in der darauffolgenden Nacht von Einbrechern gestohlen. Es ist Anzeige erstattet worden, und man soll den Dieben bereits auf der Spur sein.

### Kleines Feuilleton

Die Kriminalität Jugendlicher in Frankreich. In den verschiedensten Teilen Frankreichs haben ganz junge Burschen in den letzten Wochen eine Reihe von Kapitalverbrechen mit einer beispiellosen Kaltblütigkeit verübt, die das Entsetzen des ganzen Landes hervorgerufen. Burschen von 15 Jahren tätigen alte Leute mit einer Geschäftsfähigkeit nieder, die allen Kriminalisten und Psychologen unverständlich erscheint. Innerhalb 48 Stunden und zwar in der Zeit vom 21. bis 23. Januar d. J. verzeichnet die Verbrechenchronik jugendlicher Franzosen folgende Fälle und zwar lediglich diejenigen, die in Paris

und Umgegend verübt wurden. Der 19jährige André Bonduan verlegte seinen Arbeitgeber lebensgefährlich mit Artschlagen, der 19jährige Georges Anault verübte mehrere schwere Einbruchsdiebstähle, drei 17- bis 18- und 20jährige Burschen hatten sich zu einer gefährlichen Diebesbande zusammengelagert, deren Anführer der 16jährige Marcel Polier war, der die Entwürfe seiner Räuberbande seiner 14jährigen Freundin zum Geschenk machte. Ein 17jähriger Raymond David hatte einen Wagen zu schwer geladen, so daß das Pferd ihn nicht ziehen konnte. Aus Wut darüber zündete der Bengel einen großen Strohhaufen unter dem Bauch des Tieres an, das auf diese Weise völlig verbrannte. Als er deswegen von seinem Arbeitgeber eine wohlverdiente Pracht Prügeln erhielt, flüchtete er und zündet seitdem einzelne Bauerngehöfte an. Ein 15jähriger Mörder hatte die Unverschämtheit, von Vincennes aus das Polizeikommissariat anzurufen. „Hier bin ich, Villatte, der ich den Hausierer Berger erledigt habe. Sie sind ja viel zu dumm, um mich zu kriegen.“ Zum Glück hatte die Polizei ihn aber doch wenige Stunden später dingfest gemacht.

Und so geht es weiter. Die Zahl der jugendlichen Verbrecher in Frankreich betrug 35.000 bis 36.000 im Jahre 1925 gegenüber 1800 im Jahre 1850.

Die französische Gerichtsbarkeit weist hier eine schwere Lücke auf, denn jugendliche Verbrecher können nach französischem Gesetz nur von der Strafkammer abgeurteilt werden, deren Strafmasse nur bis zu wenigen Jahren Gefängnis im höchsten Falle gehen können. Meistens werden die jugendlichen Verbrecher denn bis zu ihrer Großjährigkeit in Familienergänzung gegeben und zwar meistens auf das Land zu Bayern, wo sie wieder arbeiten lernen sollen. Hierfür aber gibt der Staat täglich nur 0,70 Fr. Unterhaltungsbeihilfe, was natürlich viel zu wenig ist, wenn man bedenkt, daß z. B. ein Kg. Brot allein schon 1,75 Fr. kostet. Die Stellen, wo derartige jugendliche Verbrecher untergebracht werden können, werden daher auch tagtäglich weniger, ohne daß der Staat auf der andern Seite auf Mittel bedacht wäre, dieser erschreckenden Kriminalität Jugendlicher Einhalt zu tun.



# Aus dem Stadtkresse

## Frühlingsahnen.

Kaum schienen die ersten Spitzen des jungen Grases aus der Erde, kaum schaukeln die weichen Köpfchen der Schneeglöckchen in laueren Winde, kaum schwillt sie und da eine Knospe am Zweig — so ergreift auch das Menschenherz ein laues süßes Ahnen, man weiß nicht wonach. Ist es, weil der Wind nicht mehr so hart bläst und die Erde zu gären beginnt? Ist es, weil die Feuchtigkeit an den Bäumen eine malerische Erinnerung aus dem grünen Moos und der braunen Rinde weckt? Ist es, weil sich Kinder einen Kranz aus Schneeglöckchen geflochten haben und ihre Spiele treiben, die mit jedem Venz wiederkehren, von einem Geschlecht zum andern?

Wer will eine Antwort darauf geben! Es liegt in etwas in der Luft. Vielleicht liegt es auch im Blute; Unruhe quillt aus dem Herzen. Manchmal ist es, als wenn man ganz tief atmen möchte, weil die Luft einem das Herz zer Sprengen will. Dann wieder kriecht ein Zittern über die Hände, rinnt durch die Glieder, macht sich als leiser Schauer auf dem Rücken bemerkbar; aber es könnte auch noch ein winterliches Friereln sein. Man weiß nicht recht, was man daraus machen soll.

Nein, es ist doch eine Ahnung. Auch wohl ein leiser Anflug an andere Jahre. Es kommt ja immer wieder ein Venz, der seine ersten Grüsse schickt: Blumen, Knospen, Wägel und Schmitz für das Menschenherz. Ach ja, die liebe Schmitz! Wenn man so in der Ferne einen blauen Streifen sieht, dann möchte man fort, am liebsten auf den Füßeln des Windes; sonst aber am Wanderstabe, wie die Handwerker ihren seligen Angedenkens, die fortziehen konnten, wenn es sie trieb.

Was ich heute nur habe! Es ist doch nicht. Ein paar Kinder haben ein Ringelspiel getanzt; eine im Kreise war die Braut, die hatten sie geschmückt, und sie machte ein süßes lachendes Gesichtchen, als müßte sie, was das heißt: eine Braut zu sein —

\*

### Gefallenen-Gedenktag.

Es ist uns eigentlich selbstverständlich, daß wir gegen Menschen, die uns im Leben nahegetreten, und die uns lieb und wert sind, auch Pflichten haben, oder vielmehr wir empfinden schon nicht mehr als Pflicht, was wir für sie irgendwie leisten, weil unsere Liebe uns dazu treibt, und uns alle Mühen und Sorgen und alles Denken und Tun so leicht werden läßt. Wenn wir nun so einen geliebten Menschen durch den Tod verlieren, ist uns jede Möglichkeit genommen, ihn unsere Liebe weiter fühlen zu lassen, die Pflichten aber hören auch dann nicht auf, obwohl sie eine andere Form annehmen müssen. Es ist die Pflicht unserer Liebe, dafür zu sorgen, daß der Heimgegangene nicht schnell vergessen wird, und auch nicht als vergessener gilt! Das eine und das andere findet ein Zeugnis darin, wenn seine letzte Ruhestätte gepflegt und mit Blumen geschmückt erhalten wird.

Nie aber hat der Tod eine größere Ernte gehalten als im Kriege, nie sind unserer Liebe tiefer Wunden geschlagen, — aber, auch heiligere Pflichten auferlegt worden! Jedes Kriegergebiete ist eine geweihte Stätte — und wenn wir sie auch nicht alle kennen — jedes Denkmal zu ihren Ehren muß uns ein Heiligtum sein. Der Gefallenen-Gedenktag aber ruft uns alle auf, mit Blumenopfern zu ehren, was wir im Leben geliebt haben.

### Badische Gedenktag.

Baden, Hessen und die freie Stadt Frankfurt geschlossen durch Staatsvertrag vom 25. Februar 1848 den Bau einer Staatsbahn von Heidelberg bis Frankfurt (Main-Neckarbahn). Am 25. Februar 1867 wurde die feste Rheinbrücke Mannheim-Ludwigshafen dem Eisenbahn, am 20. August 1868 dem Straßenverkehr übergeben.

\*

**Todesfall.** Herr Georg Vix, der Direktor der Deutschen Holtzschiff-Maschinen-Ges. m. b. H., ist im 67. Lebensjahr in Billingen an den Folgen eines Schlaganfalls gestorben. Direktor Vix war früher lange Jahre in Karlsruhe tätig, wo er sich als Sänger im „Alderkranz“ und im Reich der „Drei“ in der Fulderei viele Freunde erworben hat. Er war schon früh zum Sänger ausgebildet worden und auch einige Jahre auf der Bühne. Die Holtzschiff-Werke hat er seit ihrer Gründung geleitet und das Werk erheblich ausgebaut. Noch vor kurzen wählte Direktor Vix mit seiner Gattin in Karlsruhe.

**Karlsruhe als Kongressstadt.** Nach Mitteilung des Verkehrsvereins wird Mitte Juni d. J. der Reichsverband Deutscher Herrenhändlergesellschaft, Sitz Berlin, seinen diesjährigen Verbandstag hier abhalten. Die Tagung wird von etwa 300 bis 600 Delegierten aus dem ganzen Deutschen Reich besucht werden.

**Von der Reichsbahn.** Auf Grund verschiedener Anregungen, teilte die Hauptverwaltung der Deutschen Reichsbahngesellschaft mit, daß sie sich noch nicht dazu entschließen könne, den früheren Preisnachdruck auf den Fahrkarten wieder einzuführen, da die Notwendigkeit einer kurzfristigen Tarifserhöhung angesichts der wirtschaftlichen Lage der Deutschen Reichsbahngesellschaft vorläufig nicht als außerhalb des Bereiches des Möglichen liegend anzusehen sei. Sie werde die Frage nach Jahresfrist erneut prüfen, vorläufig aber müsse es bei dem Maßdruck der Kilometerzahl auf den Fahrkarten bleiben.

**Eine Aenderung bei der Reichsbahn.** Zur Verbesserung der Beleuchtung in den Personenzügen ist die Reichsbahn gegenwärtig damit beschäftigt, die Beleuchtungsanlagen umzubauen. An Stelle der bisherigen Leucht- sollen Leuchtgas-Verwendungen finden. Die Umstellung wird nach und nach erfolgen.

### Standesbuch-Auszüge.

**Todesfälle.** 23. Febr.: Maria Wandel, 56 Jahre alt, Ehefrau von Ferdinand Wandel, Monteur, 24. Februar: Charlotte, 9 Monate, 11 Tage alt, Vater Wilhelm Volk, Schriftf. Hebla, 27. Febr.: Frieda, 74 Jahre alt, Witwe von Johann Freundhöfer, Zimmerh. Friedrich Strauß, 67 Jahre alt, Schreiner, Chemann.

### Mitteilungen des Bad. Landestheaters.

Siegfried Wagners „Friedensengel“, der am Donnerstag, den 4. März, im Badischen Landestheater zur Uraufführung gelangt und zu der der Dichterkompott verständig in Karlsruhe erwartet wird, geht unter musikalischer Leitung von Ferdinand Wagner und unter szenischer Leitung von Otto Kraus in Szene. Fast das gesamte Opernensemble ist in dem Werk beschäftigt.

### Veranstaltungen

**Reisende-Vielspiele.** Der neue Ufa-Film „Der Mann seiner Frau“, nach dem Manuskript von Alfred Palm verfaßt, spielt an der Küste der italienischen Riviera in Genoa und Rapallo. „Der Mann seiner Frau“ ist der Ingenieur Profette, der eine geniale Erfindung gemacht hat, sie aber nicht zu verwerthen versteht. Seine schöne Frau Helene will ihm helfen. Profette aber will nicht durch Profektion seiner Frau zum Ziele gelangen, er will seinen Erfolg nur durch eigene Kraft und eigenes Können erreichen. Die Gattin spielt trotzdem ihr Spiel. Die erste Aufführung geben dem Film ein Sonderinteresse. In der Hauptrolle Lucy Dorothea, 1885

# Die Elektrifizierung badischer Bahnen

Von Dipl.-Ing. Ewald Keil.

II.

Ein Blick nach dem Eisenbahnnotenpunkt Basel — ein Blick auf die Nachbarländer — ein Blick in die französischen Tageszeitungen — ein Blick in die französischen Tageszeitungen — die Sachlage einwandfrei erhellt. Derjenige, der zuerst in Basel seine elektrische Lokomotive vor den Rom-Holland-Express syppeelt, hat gewonnen, denn schon regen sich die Italiener, die Elektrifizierung der elektrischen Anschlusslinien der Gotthardbahn Chiasso-Mailand-Novara — Genua ist eine Frage kurzer Zeit.

Die Reichsbahngesellschaft hat zwar die Mittel für die Elektrifizierung der Strecke Mannheim-Basel für ihr Bauprogramm 1926 nach einer Mitteilung des Herrn Finanzministers Dr. Köhler bereit gestellt. Wir hören weiter, daß die Strecke Karlsruhe-Fürth elektrifiziert werden soll und damit fimmgemäß auch Fürth-Regensburg-München-Salzburg, um die drohende Konkurrenz der Arberbahn auszuhalten — fast zu spät! denn dreimal wöchentlich fährt der Schweiz-Älbera-Wien-Express. Unsere Elektrifizierungsmaßnahmen können sich eben bei den Grenzlandbahnen nie auf einzelne Landesauschnitte beschränken, wenn der Durchgangsverkehr noch die Abwanderungsmöglichkeit nach der Parallelbahn des Grenzlandbarn hat. Für uns hier im Westen gilt es darum in erster Linie, die großen Eisenbahntrassen beiderseits des Rheins von Elstern und Emmerich bis zur Schweizer Grenze zu elektrifizieren, denn übermächtig wirkt sich das valutaschwächere Frankreich auf unsere Eisenbahnverkehrsregeln im Westen aus. Selten ist diese Tatsache so in die Erörterung getreten, wie gerade in diesem Sommer, die sich bei unseren Schweiz-Holland-Verkehrsregeln noch mehr sich auszuwirken hätte, wenn nicht die Häufigkeit der Eisenbahnverkehrsunfälle manchen Holland-Schweiz-Reisenden auf die deutschen Bahnen sicherheitsvoller abgedrängt hätte. Ernstlich, sehr ernstlich gibt uns die Statistik des rheinischen Verkehrsverbandes in Godesberg im Nachklang zur Rheinischen Fahrtenverkehrsfeier zu denken, die mit nackten Zahlen besagt, daß trotz Fabrikantenfeiern am ganzen Rheine — Köln — Düsseldorf und Aachen ausgenommen — der Fremdenverkehr nur etwa 80 Prozent des Verkehrs von 1918 am Rheine betragen hat.

Aber nicht allein der Nachbar im Westen bedroht uns. Auch der Osten — zwar nicht der Feind aber immerhin die deutsche Konkurrenz bemüht sich, unseren süddeutschen Rheintalbahnen den Kanalenverkehr zu entziehen. Brennerlinie ist die Parole. Berlin-Rom via München-Jüdisbrunn-Bogen-Verona 24 Stunden Fahrzeit gegen 37 Stunden über den Gotthard sind mächtige Zahlen. Von dieser Brennerlinie ist zwar erst die Strecke Landshut-München elektrifiziert. Bozen-Verona ist geplant. Wer zuerst rauscht fährt, hat auch in dieser Konkurrenz Brenner-Gotthard gewonnen. Das ist die zweite Mahnung an die Rheintalbahneninteressenten.

Und da sei es verdammt, ein wenig an die Schwarzwaldbahn zu denken, die angesichts der Elektrifizierungspläne der Schweiz auf dem toten Alt liegen, wenn nicht im gemeinsamen Benehmen mit den gleichfalls betroffenen Schweizer Gemeinden bzw. seitens der Reichsregierung und der Reichsbahnverwaltung abgehoben werden kann. Lange genug ist Konstantz eine Sachverhaltsituation in den Kriegsjahren und bis vor kurzem gewesen, anstatt schon längst wieder seiner früheren Bedeutung als internationale Durchgangsverkehrsstation zurückgegeben zu sein. Eine Abwanderung des Verkehrs auf die elektrifizierten Strecken mit all ihren verheerenden Folgen für die mit Dampf betriebenen Konkurrenzstrecken ist die Folge. So ergibt sich aber die Forderung, daß gleichzeitig mit der Elektrifizierung der Strecke Frankfurt-Basel, die Elektrifizierung der Schwarzwaldbahn ausgeführt werden muß.

Die Schwarzwaldbahn ist keine Bahn, deren Bedeutung ausschließlich aus der wirtschaftlichen Erschließung der von ihr durchzogenen Landesteile allein hervorgeht, sondern ihre Bedeutung

und ihre Auswirkung auf das von ihr erschlossene Gebiet des Schwarzwaldes und der Saar, gibt ihr nur der von ihr als Glied der großen internationalen Reisewege vermittelte Großverkehr. Klar und deutlich lautet daher die Forderung der Schwarzwaldbahnangehörigen, unverzügliche Elektrifizierung der Rheintalbahnen der Ostwestlinie — aber keine Elektrifizierung ohne gleichzeitige Elektrifizierung der Schwarzwaldbahn.

Mit der Frage der Dringlichkeit der Elektrifizierung der badischen Bahnen wird sich aber gleichzeitig die Frage der Möglichkeit der Erfüllung unserer Forderungen auf. In diesem Falle spricht der Wirtschaftler gemeinsam mit dem Techniker. Die Erfahrungen in den verschiedensten Kulturländern — die Schweiz voran mit heute schon rund 1000 Km. elektrifizierten Eisenbahnstrecken, Desterreich mit 150 Km., Schweden mit 450 Km. und die deutsche Reichsbahn mit einem Eisenbahnnetz von rund 58 000 Kilometer mit 550 elektrifizierten Km. dokumentieren eindeutig die technische Überlegenheit des elektrischen Betriebes über den Dampftrieb. Das günstigste Bahntrommsystem ist der einphasige Wechselstrom mit 16 amei Drittel-Perioden. Die Frage der elektrischen Strommaschine ist eine Frage sekundärer Natur, da ein Lokomotivsystem, je nach fortgeschrittener Technik und entsprechender Ueberalterung des Materials bald gegen ein neueres System ausgetauscht ist. Die Forderung der Wirtschaftlichkeit lautet: der elektrische Betrieb muß ebenso wirtschaftlich, wie der Dampftrieb sein. Ich sage ausdrücklich wirtschaftlich und nicht billig; denn der elektrische Betrieb kann wohl teurer als der Dampftrieb, aber bei entsprechender durch ihn gesteigerter Verkehrsfrequenz trotzdem wirtschaftlich sein. Die Wirtschaftlichkeit des elektrischen Betriebes ist aber eine mathematische Funktion des Strompreises oder noch besser gesagt des Verhältnisses des Strompreises zum Kohlenpreis und des Strom- bzw. des Kohlenverbrauches.

Allein in unseren Schwarzwaldwasserkräften stehen etwa 875 Millionen Kwst. zur Verfügung, von denen nur 120 Mill. Kwst. d. i. 14 Prozent ausgebaut sind. Bodensee-Obersee-Rheinhörs können weitere 4000 Mill. Kwst. geben, von denen 800 Mill. Kwst. d. i. 20 Prozent ausgebaut sind, d. h. in badischen Landen entfallen auf den Kopf der Bevölkerung rund 2000 Kwst., während in Bayern mit seinen 12 000 Mill. Kwst. nur 1700 Kwst. und im Reich mit seinen zum allergrößten Teile nicht ausgebauten 28 000 Mill. nur etwa 400 Kwst. auf den Kopf der Bevölkerung epifallen. Im Gegenatz hierzu kommen in der Schweiz allein 600 ausgebauten Kwst. auf den Kopf der Bevölkerung. Die Stromerzeugung unseres Eisenbahnnetzes in Baden kann darum keine Sorge machen, da die Laufwerke des Oberrheins zum allergrößten Teile den Grundstrom liefern können, während die Stauwerke des Schwarzwaldes Murrwerk und später das Schlackewerk den Spitzenstrombedarf bzw. in Wasserflummezeiten im Winter mit ihrem Staustrom ausgleichen werden. Interessieren mag bei dieser Gelegenheit, daß z. B. das Oberrheintalwerk Lautenbrunn das doppelte an Strom erzeugt, als das mit vielem Tam tam in der Welt propagierte Walchenseewerk in Bayern. Unsere Oberrheinwerke können aber ferner, und das ist das Wichtigste, vor allem billigen Strom liefern, der z. B. in Verkehrszeiten auf nur 0,7 Fla. pro Kwst. zu stehen kann. Es kommt aber ein weiteres hinzu. Unsere Oberrheinwerke bieten durch ihre Verbindung mit der großen Schweizer Sammelstrome immer die Gewähr eines durchaus rentablen Betriebes und einer konstanten Strombelieferung einerlei, ob die Dampfstromwerke des Niederrheins und des rhein-westl. Industriegebietes an die Süddeutsche Sammelstrome angeschlossen werden oder nicht. Ein kurzer Blick in die kommende Entwicklung der deutschen und auch der mitteleuropäischen Kraftstromwirtschaft verlohnt sich an dieser Stelle, weil er überdies überzeugend darnt, daß die Elektrifizierungsfrage der Bahn nicht mehr eine Länder-, sondern eine internationale mitteleuropäische Angelegenheit anzuwerden ist. (Siehe auch Nr. 89 des „Karlsru. Tagbl.“)

Ähler, Erich Kaiser-Tich und Rudolf Klein-Booge sind in den letzten großen Rollen beschäftigt, während die kleine Schänemann voll reizender Anmut eine Kinderrolle verkörpert. Außerdem läuft die aktuelle Film-Wochenberichterstattung.

### Die Reichsgesundheitswoche in Baden.

Die Vorbereitungen für die vom 18. bis 24. April geplante Reichsgesundheitswoche schreiten rüstig vorwärts. In vielen badischen Amtsbezirken sind bereits Ortsausschüsse gegründet worden; in andern Bezirken steht die Gründung bevor. Vorbildlich ist das Vorgehen von dem Bezirksarzt I in Karlsruhe, Medizinalrat Dr. Schöning, der zunächst einen aus mehreren Ärzten, dem Landrat, dem Vertreter der Stadtverwaltung, zwei Geistlichen und einem Krankenkassenvertreter bestehenden Arbeitsausschuß geschaffen hat. Dieser Arbeitsausschuß hat ein Programm, das mit einer Kundgebung im großen Festhalleaal unter dem Titel „Gesundheitspflege u. Sittlichkeit“ beginnt, entworfen; der Hauptausschuß für die Stadt Karlsruhe, der am Freitag, den 26. Februar, zusammentritt, und in dem alle in Betracht kommenden Vereine vertreten sein werden, soll zu den einzelnen Teilen des Programms Stellung nehmen.

Die Bad. Gesellschaft für soziale Hygiene, in deren Händen die ganze Durchführung der Reichsgesundheitswoche in Baden liegt, veranstaltet gemeinsam mit dem Badischen Lehrerverein und mit Unterstützung des Unterrichtsministeriums im März in den Städten Offenburg, Rastatt, Billingen, Lörrach, Baden-Baden, Forstheim, Heidenberg, Mosbach dreitägige und eintägige Hygienekurse für Lehrer; als Vortragende wurden hervorragende Hygieniker u. Ärzte aus Karlsruhe, Freiburg und Heidenberg gewonnen.

Durch die geldliche Unterstützung von mehreren Verwaltungen, besonders der Sozialversicherung, sowie von Industriellen, ist es ermöglicht worden, daß kurz vor der Reichsgesundheitswoche vielen badischen Zeitungen eine hygienische Beilage, die aus zwei ganzen Zeitungsseiten besteht und lediglich belehrende Aufsätze über Gesundheitsfragen enthält, beigelegt werden kann. Die Beilage wird in einer nach Hunderttausenden Stück zählenden Auflage erscheinen, um möglichst viele Familien Badens, besonders auch in den Landgemeinden, mit der Gesundheitslehre bekannt zu machen. Dr. F.

### Tagesanzeiger

Man beachte die Inseraten!

Donnerstag, 25. Februar.

**Bad. Landestheater:** 7½-10 Uhr: „Das Salzburger Große Welttheater.“  
**Städt. Konzerthaus (Bad. Vielspiele):** abends 8 Uhr: „Die verlorene Welt.“  
**Großes Saal:** abends 8 Uhr: Varietè-Programm.  
**Reisende-Vielspiele:** Der Mann seiner Frau. Am hat Adersbach.  
**Palast-Vielspiele:** Der Mann im Sattel. Er hat einen Solen.  
**Bärenminner:** abends 8½ Uhr: Lichtbildervortrag im Schrepp, Saal III.  
**Vortragsaal, Effentur 11:** nachm 4 Uhr: Hausalt-Vortrag.

## Haben Sie schon das Karlsruher Tagblatt

bei der Post bestellt? Bei allen deutschen Postämtern können Sie die führende Tageszeitung für 2.50 M. auschl. Zustellgebühr beziehen.

Bestellern nicht frantieren.

### Bestellschein

An das Postamt.....  
Ich bestelle hiermit das wöchentlich 7 mal erscheinende „Karlsruher Tagblatt“ mit 8 Wochenbeilagen zum monatl. Bezugspreis d. 2.50 M. auschl. Postzustellgebühr. Der Betrag ist durch den Boten zu erheben.  
Name.....  
Ort.....  
Straße u. Nr.....

# Die sparsame Hausfrau verwendet MAGGI<sup>s</sup> Würze,

denn sie weiß, daß es nur weniger Tropfen bedarf, um dünnen Suppen, Fleischbrühen, Gemüsen und Soßen sofort einen kräftigen Wohlgeschmack zu geben. — Vorteilhaftester Bezug in großen, plombierten Originalflaschen zu RM 6.50.

— Man verlange ausdrücklich MAGGI<sup>s</sup> Würze. —



INDUSTRIE- UND HANDELS-ZEITUNG

Kaufmännische Reklame.

Eine alte kaufmännische Regel besagt, daß der Betrieb eines Unternehmens ohne Reklame teuer zu stehen kommt, als mit einer solchen.

Die Grundidee und das Gerüst jeder Reklame ist das Zeitungs- und Zeitschriftenmaterial, das sich auf die Tagespresse, auf belletrische Zeitschriften und auf Fachblätter verteilt.

Sehr wichtig für jeden Kaufmann ist es, die verschiedenen Möglichkeiten unklarer Reklame und die Beschränkung und Folgen zu kennen, die das Gesetz zur Bekämpfung unklarer Wettbewerbes vorzieht.

Um das internationale Edigensinstitut. Die Verhandlungen wegen Neubildung eines internationalen Edigensinstituts werden laut „Allg. Stg.“ am 10. März in Paris weitergeführt werden.

Die Auslagen weniger dazu dienen, die einzelnen angestellten Waren zum Verkauf zu bringen, als um darzutun, welche Waren und zu welchem Preise diese angeboten werden.

Die Auslagen weniger dazu dienen, die einzelnen angestellten Waren zum Verkauf zu bringen, als um darzutun, welche Waren und zu welchem Preise diese angeboten werden.

Die Auslagen weniger dazu dienen, die einzelnen angestellten Waren zum Verkauf zu bringen, als um darzutun, welche Waren und zu welchem Preise diese angeboten werden.

Die Auslagen weniger dazu dienen, die einzelnen angestellten Waren zum Verkauf zu bringen, als um darzutun, welche Waren und zu welchem Preise diese angeboten werden.

Die Auslagen weniger dazu dienen, die einzelnen angestellten Waren zum Verkauf zu bringen, als um darzutun, welche Waren und zu welchem Preise diese angeboten werden.

Die Auslagen weniger dazu dienen, die einzelnen angestellten Waren zum Verkauf zu bringen, als um darzutun, welche Waren und zu welchem Preise diese angeboten werden.

Die Auslagen weniger dazu dienen, die einzelnen angestellten Waren zum Verkauf zu bringen, als um darzutun, welche Waren und zu welchem Preise diese angeboten werden.

Die Auslagen weniger dazu dienen, die einzelnen angestellten Waren zum Verkauf zu bringen, als um darzutun, welche Waren und zu welchem Preise diese angeboten werden.

die Auslagen weniger dazu dienen, die einzelnen angestellten Waren zum Verkauf zu bringen, als um darzutun, welche Waren und zu welchem Preise diese angeboten werden.

die Auslagen weniger dazu dienen, die einzelnen angestellten Waren zum Verkauf zu bringen, als um darzutun, welche Waren und zu welchem Preise diese angeboten werden.

die Auslagen weniger dazu dienen, die einzelnen angestellten Waren zum Verkauf zu bringen, als um darzutun, welche Waren und zu welchem Preise diese angeboten werden.

die Auslagen weniger dazu dienen, die einzelnen angestellten Waren zum Verkauf zu bringen, als um darzutun, welche Waren und zu welchem Preise diese angeboten werden.

die Auslagen weniger dazu dienen, die einzelnen angestellten Waren zum Verkauf zu bringen, als um darzutun, welche Waren und zu welchem Preise diese angeboten werden.

die Auslagen weniger dazu dienen, die einzelnen angestellten Waren zum Verkauf zu bringen, als um darzutun, welche Waren und zu welchem Preise diese angeboten werden.

die Auslagen weniger dazu dienen, die einzelnen angestellten Waren zum Verkauf zu bringen, als um darzutun, welche Waren und zu welchem Preise diese angeboten werden.

die Auslagen weniger dazu dienen, die einzelnen angestellten Waren zum Verkauf zu bringen, als um darzutun, welche Waren und zu welchem Preise diese angeboten werden.

die Auslagen weniger dazu dienen, die einzelnen angestellten Waren zum Verkauf zu bringen, als um darzutun, welche Waren und zu welchem Preise diese angeboten werden.

die Auslagen weniger dazu dienen, die einzelnen angestellten Waren zum Verkauf zu bringen, als um darzutun, welche Waren und zu welchem Preise diese angeboten werden.

die Auslagen weniger dazu dienen, die einzelnen angestellten Waren zum Verkauf zu bringen, als um darzutun, welche Waren und zu welchem Preise diese angeboten werden.

die Auslagen weniger dazu dienen, die einzelnen angestellten Waren zum Verkauf zu bringen, als um darzutun, welche Waren und zu welchem Preise diese angeboten werden.

die Auslagen weniger dazu dienen, die einzelnen angestellten Waren zum Verkauf zu bringen, als um darzutun, welche Waren und zu welchem Preise diese angeboten werden.

Wechsel in der Geschäftsführung der Vereinigten Deutschen Arbeitgeberverbände. In der nächsten Versammlung der Vereinigten Deutschen Arbeitgeberverbände wird H. Dr. Wagn. H. als Nachfolger für den am 1. Juni auslaufenden langjährigen Hauptgeschäftsführer Dr. E. Kästner, der Regierungsrat a. D. Brauweiler vorgezogen werden.

Schleifende Metallindustrie A.G. in Nürnberg. Die zur Metallindustrie A.G. gehörende Gesellschaft hat die Deutsche Aluminium-Fabrik A.G. in Gerabrod unter Aufsicht der Liquidation übernommen.

Sober's Fleischwerke A.G. in Augsburg. Die Gesellschaft schließt das Geschäftsjahr 1925 mit einem Verlust von 78.074 RM. ab.

Weger-Brauerei, Worms. Aus dem nach 1913/14 RM. Abschreibungen verbleibenden Reingewinn von 657.118 RM. werden 10 Prozent Dividende auf 6 Mill. RM. Stammaktien verteilt.

Arbeitsaufnahme bei Reichslicht. Nachdem nunmehr die Streitigkeiten bei Reichslicht beendet sind, und auch der Rest der Operationen seine Reichslicht-Aktionen neuen Aktien der Regel u. Freitag umzusetzen wird, ist die Arbeit in der Werk aufgenommen worden.

Dividendenverteilung. Damburg-Eisenwerk AG. Dampfmaschinenfabrikation 3 Prozent. Maschinen- und Werkzeugmaschinen A.G. Dresden 5 Prozent (i. B. 6 Prozent).

Eingewerke A.G. in Dresden. Bei der Gesellschaft ist mit einer Dividende von nicht unter 6 Prozent zu rechnen.

Die Reichs-Gaswerke AG. Berlin am Ralferdamm ist auf die Zeit vom 2. bis 6. Mai 1926 verlegt. Die Messe findet an dem neuen Zeitpunkt, wie geplant, in der großen, 16.500 Quadratmeter fassenden alten Autoshalle am Ralferdamm statt.

Der Londoner Goldpreis beträgt am 24. Februar 1926 auf weiteren für eine Unze Feingold 84 1/2 d., für ein Gramm demnach 27,7294 d. (Ein. Drahtm.)

Banken

Der Aufschwung des Pfandbriefabfahres. In der G.-B. der Rheinisch-Westfälischen Bodenkreditbank in Köln wurde mitgeteilt: Infolge des Aufschwunges des Pfandbriefabfahres im Januar habe vorläufig der Verkauf einstellt werden müssen.

Eidgenössische Bank A.G. Zürich. Das Institut weist für 1925 einen Umlauf von Fr. 49.40 (i. B. 37,80) Milliarden aus. Die Bank ver-

zeichnet als Ertrag auf Wechselkonto Fr. 4.51 (4.64) Mill., Zinsenkonto Fr. 3.59 (3.45) Mill., Kommissionen Fr. 2.87 (2.75) Mill. und Wertpapiere Fr. 0.43 (0.40) Mill.

Vergleich bei Laband, Stiehl u. Co. in Berlin. Wie die Firma mitteilt, werden die Gläubiger bis zu 50 A. voll befriedigt. Bei den übrigen beträgt die Quote 30 Prozent.

Aus Baden

Geschäftsaufsicht und Konkurse im Handelskammerbezirk Karlsruhe. Nach Mitteilung der Kammer werden vom 14. Januar bis 30. Februar 7 Geschäftsaufsichten angeordnet und 2 aufgehoben, ferner 8 Konkurse eröffnet und 1 eingestellt.

Märkte

Frankfurter Getreidebörse. Amtliche Notierungen vom 24. Februar 1926.

Table with 4 columns: 100 kg Parit. Frankf., Goldmark, 100 kg Parit. Frankf., Goldmark. Rows include Weizen Weat., Roggen (Inland), Sommer-Gerste, Hafer (Inland), Hafer (ausl.), Mais (gelb), Mais (Mexed).

Berlin, 24. Februar. Amtliche Produktionsnotierungen in Reichsmark je Tonne (Weizen und Roggenmehl je 100 Kilo).

Wien, 24. Februar. Amtliche Produktionsnotierungen in Reichsmark je Tonne (Weizen und Roggenmehl je 100 Kilo).

Karlsruher Produktenbörse vom 24. Febr. Abgeteiltene Getreide, Mehl u. s. w. in Buttermitteln. Die Tendenz ist still, das Geschäft schleppend.

Frankfurter Kurshericht

Table with 2 columns: Deutsche Staatspapiere, Fremde Werte. Rows include Reichs-Anl., Pr. Anl., Dollar-Anw., Pr. Consoles, etc.

Banken

Table with 2 columns: 23. 2., 24. 2. Rows include Bad. Bank, Darmst. Bk., Dresdner Bk., etc.

Industriewerte

Table with 2 columns: 23. 2., 24. 2. Rows include Bochum Guß, Buderus Eis., etc.

Frankfurter Kurshericht

Table with 2 columns: 23. 2., 24. 2. Rows include Reiniger, G., Rheinl. Masch., etc.

Berliner Kursbericht

Table with 2 columns: 23. 2., 24. 2. Rows include Festverzinsliche Werte, Eisenbahn-Aktien, Schiffahrts-Aktien, Bank-Aktion.

Industrie-Aktien

Table with 2 columns: 23. 2., 24. 2. Rows include Aach. Leder, Aach. Spinn., Accumulat., etc.

Industrie-Aktien

Table with 2 columns: 23. 2., 24. 2. Rows include Gelsen. Guß, Genshew, Giesl. u. Co., etc.

Industrie-Aktien

Table with 2 columns: 23. 2., 24. 2. Rows include Elektra, Metall, Nass, Spiegegl., etc.

Wirtschaftslage in Oesterreich

Die jetzt immer mehr in Erscheinung tretende Geschäftsermüdung der Wiener Börse ist zum großen Teil in neuen Abgaben aus Buda...

Eine neue Belebung dürfte eintreten, wenn das von der Regierung ähnlich wie in Deutsch...

Vorläufig liegen nur ungefähr 30 Goldbilanzen österreichischer Unternehmen vor...

Die wirtschaftliche Lage zeigt vorläufig nur geringe Anzeichen einer Besserung...

Stabeisen und Träger von 2 1/2 auf 5 Goldfronen erhöht, also verdoppelt werden. Noch größer...

(Fortsetzung von Seite 6.)

fabrikate entsprechend teurer, Viertreiber 16,75-17, Walzstahle 13,50-14, Zrodenhülsen 10,25-10,75...

Hamburger Warenmarkt vom 24. Februar. Getreide: Tendenz ruhig, Weizen 200-205, Roggen 155-165...

Hamburg, 24. Febr. (Eig. Drahtmeldg.) Kaffeeterminnotierungen von 2 Uhr mittags...

Hamburg, 24. Febr. (Eig. Drahtmeldg.) Kaffeeterminnotierungen von 2 1/2 Uhr mittags...

Bremen, 24. Febr. (Eig. Drahtmeldg.) Baumwollterminmarkt. Amtliche Notierungen von 1 Uhr mittags...

Magdeburger Zucker-Notierung vom 24. Februar. Gemahlene Mehlis, prompt 25,25-25,75-26, März 26,50...

Worheimer Edelmetalle vom 24. Febr. Ein Ailo Gold 2702 N Gold, 2809 N Brief, ein Ailo Silber 91 N Gold...

Berliner Metallmarkt vom 24. Febr. Elektrolyt Kupfer 125,75, Originalhüttenrohst 72-73, Remet...

Berliner Metalltermin-Notierungen vom 24. Febr. Kupfer: Febr. 119,75-120,25 bez., 121 B, 120 G...

St. Badische Zentralbanknotierung. Karlsruhe, 24. Febr. Die heute hier stattgefundenen St. Badische Zentralbanknotierung...

Börsen

Frankfurter Abendbörse vom 24. Febr. Im Abendgeschäft hat die Stimmung etwas freundlicher...

Berliner Nachbörse vom 24. Febr. (Eig. Drahtmeldg.) Die Nachbörse war auf Deckungen der Spekulation leicht erhöht...

gehandelt. Rheinisch 70,50, Gelsenkirchen 80,50, Harpener 106,50, Phoenix 75,75...

Berlin, 24. Febr. Dödeln: Bankakt 1,76 bis 1,78, Barischau 53,56-53,84, Rattomig 53,86-54,14...

Mannheim, 24. Febr. (Eig. Drahtmeldg.) Am Aktienmarkt war das Geschäft heute lebhafter, die Tendenz besesselt...

Volkswirtschaftliche Literatur

Geschichte der Volkswirtschaftslehre, insbesondere des Sozialismus, im Ueberblick. Von Dr. Hermann Rabe...

Die Bilanz des Kaufmanns. Eine systematische Einführung in das Bilanzwesen. (Vierze, vollständig umgearbeitete und erweiterte Auflage von...

Der Bankherr. Die Banken im Organismus der Volkswirtschaft. Voraussetzungen für die Einigung zum Veru...

Palast-Lichtspiele. Herrenstraße 11. Telefon 2502. Ab heute: Der große Maxim-Film der Ufa. Der Mann im Sattel. Nach dem bekannten Sportroman der 'Berliner Illustrierten Zeitung'...

Kapitalien. Kapital für Hypothek oder Beteiligung. 1000 Mk. auf 1/2 Jahr gegen hypothek. Sicherheit auszuliehen...

Neues Wiener Tagblatt und Neues Wiener Abendblatt. führende Wiener Tageszeitung mit ausgedehntem Leserkreis...

Badische Lichtspiele. Heute letztmals 8 Uhr abends. Die verlorene Welt. Konzerthaus. Mit 'Kruschen' 70 Jahre alt und immer noch frisch und munter!

Residenz-Lichtspiele. Der Mann seiner Frau. Filmroman in 6 Akten. Hauptdarsteller: Lucy Doraine / Erich Kaiser-Titz. Jim hat Alptrüben. Grotoske in 2 Akten...

Kruschen Salz. Ihre Verdauung regeln, Ihren Appetit fördern, Ihr Blut reinigen und Ihnen einen erfrischenden, gesunden Schlaf verschaffen...

Für Männer. das neue hervorragende sexuelle Kräftigungsmittel Apogosan. Schenke und anhaltende Wirkung gegen körperliche und nervöse Erschöpfung...

Heirat. Vermittelt für Damen Herren aller Stände. Karlsruher Str. 64, III. Tel. 4230. Gest. 1911.

Waldstr. RENE OLFEN in seinen stürmischen, überall mit großem Erfolg besetzten russischen Kunsttänzen. Inhaber der goldenen Medaille für Kunst.

Paul Rech, Mannheim, Lortzingstr. 9, Fernruf 9299. Auslieferungslager für Baden und Pfalz: Beuthien & Schulte C. m. b. H., Berlin N 39, Pankstr. 13-14.

